

nur noch die Perspektive des fluchtartigen Rückzuges — nicht zuletzt vor der Abrechnung mit ihrem Spiel von der Tribüne des Reichstages herab.

Seitdem ist das Tempo dieses Rückzuges immer schneller geworden. Herr Goering müht sich, wieder von all den Positionen herunterzukommen, auf die er so großmütig heraufgeholt ist. Was hatten sie sich nicht alles vorgestellt! Reichstag gegen Reichspräsident, vielleicht mit dem Sieg in München oder Köln, vielleicht auch in Braunschweig oder — in Weimar! Was sind Pläne, was sind Entwürfe! Jetzt kennen die Herren nur eine Sorge: ihre Pläne und Entwürfe schnell und stille zu vercharren, damit sie nicht gegen sie zeugen können!

Herr Hitler ist ganz stille geworden,

Herr Strömer kehrt sich zurück nach den ersten Jahren der Bewegung, nach jenen bequemen Zeiten, wo man nur das Maul aufzureißen brauchte. Immer deutlicher wird es, wie es um die NSDAP bestellt ist.

Von Tag zu Tag werden die Herrschaften kleiner. Eben erst haben sie großmütig verkündet, daß der Nazi-Präsident des Preussischen Landtags Herr Dr. Reichspräsident, den den genauen Plan vorgetragen habe, daß der Reichstagskanzler im Preussischen Landtag gewählt werden könne. Da hat Herr von Papen gewinkt und die Zurücknahme eines Beschlusses des Preussischen Landtages gefordert, der die Beamten von der Gehorsamspflicht gegen die kommissarische Regierung entband. Es hat genügt, daß Herr von Papen mit der Auflösung des Landtages drohte.

Damit die Nationalsozialisten zu Kreuze getroffen sind. Sie sind heruntergestiegen vom hohen Pferde und haben de- und wehmütig im Landtag eine Loyaltätsklärung abgegeben. — So wie es Papen befehl!

Hitler und den Seinen ist die Nase abgerissen. Jetzt gilt es, in den Rückzug des Feindes hineinzustechen! Jetzt heißt es, die Entlassung der Nationalsozialisten fortsetzen und im Wahlkampf Abrechnung mit ihnen halten!

NSD. im Dienste der Papenreaktion

Tägliche Hege der NSD. gegen das Volksbegehren zur Aufhebung des Lohnabbaues

Die ganze Sozialpolitik bedroht, sie soll der Volksentscheid retten

Am 12. September, also vor fast 14 Tagen, hat der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei beim Reichsminister des Innern den Antrag auf Einleitung des Volksbegehrens gegen den sozialpolitischen Teil der Papen-Notverordnung eingereicht. Dennoch hat die Reichsregierung sich bisher noch nicht veranlaßt gesehen, die Zulässigkeit des Antrages zu erklären und die Fristen für die Durchführung des Volksbegehrens festzusetzen. Trotzdem steht die Zulässigkeit des Volksbegehrens außer Zweifel, wenn die Bestimmungen der Reichsverfassung loyal angewendet werden.

Neben der Sozialreaktion, der das Volksbegehren besonders unangenehm ist, hat die Reichsregierung in den Kommunisten einen Bundesgenossen gefunden. Es vergeht kaum ein Tag, an dem die kommunistische Presse nicht gegen das Volksbegehren hegt. In letzter Zeit behauptet sie, das Volksbegehren solle die Arbeiter und Angestellten von dem unmittelbaren Kampf gegen den Lohnabbau in der Notverordnung abhalten. Man wolle den Volksentscheid erst durchführen, wenn die Zertrümmerung des Tarifrechts und die Lohnsenkung sich bereits ausgewirkt hätten.

Das ist eine gräßliche Verzählung der Absichten der Sozialdemokratie. Niemals ist ihr in den Sinn gekommen, durch Volksbegehren und Volksentscheid den unmittelbaren Kampf der Arbeiter und Angestellten um die Aufrechterhaltung der Löhne und der Löhne zu verhindern oder auch nur zu erschweren. Der Sinn ihrer Aktion ist vielmehr, den unmittelbaren Kampf gegen Tarifbruch und Lohnsenkung durch das Volksbegehren zu unterdrücken und zu fördern. So ist das Volksbegehren auch von der Arbeiterklasse aufgefaßt worden. Überall, wo die Unternehmer die Notverordnung zum Anlaß von Lohnsenkungen nehmen, setzen sich die Arbeiter und Angestellten

entschieden dagegen zur Wehr. (Vgl. die Beispiele unter „Arbeit und Wirtschaft“.)

Der sozialpolitische Teil der Notverordnung enthält aber nicht nur eine Ermächtigung für die Reichsregierung zur Durchführung des Tarifrechts und der Lohnsenkung, sondern auch eine Ermächtigung zu einer grundlegenden Umgestaltung aller sozialpolitischen Einrichtungen. Die gesamte Sozialversicherung — Arbeitslosen-, Invaliden-, Angefallenen-, Kranken- und Unfallversicherung — die Fürsorge für die Kriegsbeschädigten, aber auch die gesamte übrige Sozialpolitik — Arbeitsverfassung und Arbeitsschutz — werden von dieser Ermächtigung betroffen. Die ganze sozialpolitische Gesetzgebung, das Ergebnis eines jahrzehntelangen hartnäckigen Ringens zwischen der gesamten Arbeiterklasse sowie dem Unternehmertum und der Staatsgewalt soll der Willkür der Bürokratie und der Sozialreaktion ausgeliefert werden.

Gegen diese Bedrohung der Sozialpolitik ist der unmittelbare Kampf der Arbeiterklasse im Betrieb zwar auch wichtig, aber nicht entscheidend. Hier wird

der Volksentscheid zur wichtigsten Waffe. Hat er Erfolg, so wird diesem Anschlag die rechtliche Grundlage entzogen. Auch wenn daher in dem unmittelbaren Kampf der Arbeiter und Angestellten im Betrieb der Anschlag auf das Tarifrecht und die Lohnhöhe abgewehrt wird, so bleibt immer noch der Volksentscheid unbedingt notwendig, um nicht nur die Grundlage für Tarifbruch und Lohnsenkung zu zerstören, sondern um auch die Grundlage für den Abbau der übrigen Sozialpolitik zu befechtigen.

Nicht unmittelbarer Kampf der Arbeiterklasse im Betriebe ist es, der den Volksentscheid erst beschließt, sondern ein unmittelbarer Kampf und Volksentscheid.

Abrüstungs-Konferenz arbeitet wieder

Das Büro der Konferenz übernimmt die Hauptarbeit

Genf, 21. September. (Eig. Drahtbericht.)

Die erste Sitzung des Büros der Abrüstungskonferenz zeigte mit aller Deutlichkeit, daß das Büro mit der entscheidenden Aufsicht über die praktische Durchführung der Konferenz auf lange Zeit völlig erloschen wird. Sämtliche Mitgliedsstaaten mit Ausnahme Deutschlands sind vertreten, auch Amerika und Rußland. Es liegt auf der Hand, daß die deutsche Regierung sich durch ihre freiwillige Isolierung selbst jeden Einfluß auf diesen wichtigsten Teil der Abrüstungsarbeiten verweigert hat. Das beweist auch das Programm, das Berichterstatter Benech für die Bürotagung darlegte. Es enthält die Aufstellung der Punkte für die Punkte, über die Einigkeit bereits erzielt ist. Wie Verbot der Luftangriffe gegen die Zivilbevölkerung, Verbot der chemischen Kriegsführung und Kontrolle der Durchführung, ferner die Punkte, über die noch verhandelt werden muß.

Grundätzlich bereits festgelegt sind ferner Verzicht auf jedes Luftbombardement, Kontrolle der zivilen Luftfahrt, Festlegung des Kalibers der schweren Artillerie und Höchstgewicht der Tanks. Dann Vorbereitung von Lösungen offener Streitfragen wie Seereschiffe, Umgrenzung der Militärbudgets, Waffenherstellung und Waffenhandel, und Maßnahmen gegen Verletzung des Verbots der Anwendung chemischer, bakteriologischer und brandstiftender Kampfmittel. Es folgen schließlich die allgemeinen und politischen Fragen der Sicherheit und Gleichberechtigung.

In seiner Eröffnungsrede wies Präsident Henderson wiederholt auf die Notwendigkeit hin, nach acht Monaten schwerer Arbeit endlich zu Ergebnissen kommen zu müssen. Angesichts der großen Schwierigkeiten, die jede Regierung auf finanziellem und wirtschaftlichem Gebiet habe, sei es selbstverständlich, durch internationale Zusammenarbeit Erleichterungen für die Völker zu

erstreben. Diese Zusammenarbeit sei die Aufgabe des Büros. Der Konferenz praktische Vorschläge für den ersten Arbeitstag. Das Büro könne nicht ausschließen, ohne den Entwurf eines sofort durchführbaren Abkommens fertiggestellt zu haben. Viele weitere Punkte der Konferenz müßten greifbare Ergebnisse bringen und er appelliere an die hohe Verantwortung aller Teilnehmer, dies als ihre höchste Pflicht zu betrachten. Schließlich teilte Henderson noch seinen Briefwechsel mit der deutschen Regierung mit, ohne jeden Kommentar. Auf seinen Vorschlag wurde jede Aussprache über Deutschlands Abnahmevertrag für den Fall, daß die deutsche Regierung auf Henderson Brief zu antworten beabsichtige.

Das Büro nahm ohne Aussprache das Arbeitsprogramm an und vertagte sich auf den Nachmittag.

Genf, 21. September. (Eigener Drahtbericht.)

Das Büro der Abrüstungskonferenz setzte heute Nachmittag seine Aussprache fort.

Litwinow beantragte, zuerst die wichtigsten Probleme zu diskutieren und nicht die leichtesten vorzunehmen. Man dürfe nicht die Atmosphäre des Optimismus vergessen, unter der die erste Phase der Konferenz beendet worden sei. Man dürfe gerade die schwersten Fragen vorausnehmen, die geordnet eine wirkliche und greifbare Herabsetzung der Rüstungen herbeiführen. Nur eine quantitative Herabsetzung der Rüstungen könnte eine Maßnahme dieser Art darstellen, wie groß immer das Interesse an einer qualitativen Rüstungsbeschränkung sei. Die ganze Konferenz verlange lebhaft das Fehlen Deutschlands in der Bürotagung, aber Herr von Neurath habe in seinem Brief verstanden lassen, daß die Rückkehr Deutschlands in die Konferenz möglich sei unter der Bedingung, daß die Arbeit dieser Konferenz zu einer gewissen Höhe gebracht werden könne. Das Büro entschied, die Generalkommission eine Maßnahme zur Verminderung der Rüstungen um ein Drittel vorzuschlagen, dann hätte die Konferenz sicher von neuem das Recht zu antworten, unter ihren Teilnehmern ein deutsches Mitglied zu wählen.

Die Diskussion galt dann der Methode, wie man zu Beratungen überhaupt kommen solle. Paul Boncour (Frankreich) verlangte, daß die Politiker über alle Fragen, die den bereits Übereinstimmung herrschende oder Mehrheiten vorhanden seien, präzise Texte aufstellen müßten. Man dürfe diese Texte nicht wiederum an das technische Komitee zurückverweisen, dies unnütz und zwecklose Arbeit sei. Ueber eine Menge von Fragen hätte die Kommission genügend Entscheidungsmittel und es müßte nunmehr entschieden werden.

Wilson, Amerika, beantragte die Bildung eines Komitees zur Untersuchung der Waffenfabrikation und des Handels, das sich das Büro anschle, während Sir John Simon, England, vom Generalsekretär einen Bericht verlangte über die Beratungen für die Möglichkeit zum Verbot der Fabrikation von Gas, der Maschinen, zur Verbreitung des Gases und der Rüstungen und Ausbildung von Mannschaften zum Gebrauch des Gases, alles in Friedenszeiten. Dieser Vorschlag wurde ebenfalls angenommen. Das Büro bezieht sich die Prüfung des Verbots des chemischen Krieges und des Bombenabwurfs auf die Zivilbevölkerung bis zur Vorlage dieses Berichts vor.

Am Donnerstag wird man mit dem dritten Punkt des ersten Abschnittes der Tagesordnung befaßt, der die Kontrolle zur Durchführung des Verbots des Luftbombardements behandelt.

Die enttäuschten Lehrer

Zahlreiche Lehrereustritte aus der NSDAP.

Stuttgart, 21. September. (Eigener Drahtbericht.)

Dem Austritt des Lehrers Fischer-Pian aus der Nationalsozialistischen Partei und aus der Fraktion der Partei im Sächsischen Landtag dürften noch weitere Austritte von Lehrern folgen. So hat jetzt der Hauptlehrer Weichmann in Bödingen seinen Austritt aus der NSDAP. erklärt. Er, Führer des Nationalsozialistischen Lehrerbundes in Würtemberg, Mittelschullehrer Hemming-Heidbrunn, beabsichtigt ebenfalls der Hitler-Partei den Rücken zu kehren.

Sie möchten wieder fusioniert werden

München, 22. September. (Zunftbericht.)

Der rechtsstehende Frontkriegerbund hat bei Reichsminister des Innern Zulassungsantrag zur Durchführung eines Volksbegehrens gestellt, die Wiederherstellung der deutschen Wehrmacht auf der Grundlage der allgemeinen Wehrpflicht zum Ziele hat.

Das Volksbegehren soll zum Erlaß eines Gesetzes durchgeführt werden, wonach Teil V des Versailler Vertrages förmlich außer Kraft gesetzt wird und die deutsche Wehrmacht durch Ein- und Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht in vollstem Umfange wiederhergestellt wird.

Regierungskrise in Ungarn

Die ungarische Regierung hat einstimmig ihre Demission beschlossen. Der Reichsverweser Horthy führt provisorisch Geschäfte.

Imán Kampf um Marokko

Roman von Ramon J. Sender.
Berechtigtes Uebersetzung

aus dem Spanischen von G. S. Kewendörff

15] (Nachdruck verboten.)

Die dreihundert Mann haben sich auf die Erde gesetzt und lehnen sich mit dem Rücken gegeneinander, damit der Tornister nicht zu sehr drückt. Ein wenig abwärts hockt die eingeborene Polizei mit gekreuzten Beinen auf dem Boden, ohne die anderen zu beachten.

Ein Mann der alten Besatzung geht vorüber. Er ist wie ein Padrier beladen, hat einen Strohhut auf dem Kopfe, drei Tornister an einem Arm, drei Gewehre am anderen.

„Na, Landier, ziehste um?“
„Wollte dich fotografieren lassen?“

Dann schweigt wieder alles und sieht in den klaren, tiefblauen Himmel.

Dazu aus Bizlaga bittet um Feuer für einen Zigarrenhummel, den er hinterm Ohr getragen hat. Es kommt vor, daß eine ganze Kompanie nicht ein einziges Streichholz hat. Dazu plant sich vor einem Unteroffizier auf: „Was, gib Feuer!“

Dazu kennt keine Rangunterschiede und gesellschaftlichen Formen. Seine Angehörigen sind ihm barbarisch nahe. Er hat ein Spänergehirn und fängt jeden Satz mit einem Fluch an. Alle halten ihn für dumm; niemand hat ihn schon jeher, aber die anderen lachen oft über seine Einfälle. Wenn er aufsteht und einen Sprung macht, rufen alle Blide auf seinem Rücken. Unter dem Tornister, von der zerstellten Decke, ja selbst aus dem Kermel des Waffentodes dampft es. Jetzt tritt er gleichmütig noch näher an den Unteroffizier heran: „Gib Feuer!“ Allgemeines Gelächter. Dazu dreht sich halb herum und schimpft: „Küßt ihr immer grünen? Habt ihr nichts anderes zu tun?“

Endlich begreift er, wen er angeredet hat.
„Das häßlich mir über lassen können, ihr bliden Hunde!“
Er erwidert: „Bei dir brennt's im Oberhöhen Kersch!“

Dazu tut einen langen Zug an seinem Stummel und antwortet: „In Hause ist mir meine Nase auch schon mal abgebrannt.“

„Wieso?“
„Hab sie angezündet.“
„Warum?“
„Warum? — Verdammisch! Weil mich mein Alter verhauen hatte.“

„Nebenan unterhalten sich zwei, einer sagt gerade: „Wenn die Köhnen schon bei Tage solchen Krach machen, haße heut nacht die Unterhöhen gestrichen voll!“

Endlich denkt man an die Ablosung. Der Feldwebel erhebt sich: „Auf!“

Die Leute stützen sich auf das Gewehr und erheben sich. Einige müssen den Tornister wieder umhängen; sie lassen die Tragiemen über die erhobenen Arme rutschen, als wären sie ein Hemd an. Die Knochen sind nach dem langen Marsch steif geworden, die Gelenke schmerzen. Der Feldwebel müstert die Reihen; eine Jornafalte rüht ihm im Gesicht.

Wer hat euch gesagt, daß ihr den Tornister ablegen sollt? Ist Begeltraten kommandiert worden, oder was?“

Mit grimmiger Miene geht er auf Bianca zu, der den einen Tragiemen immer noch nicht genug hat, schreit ihn an und hilft ihm beinahe mütterlich beim Umhängen. Außerhalb des Lagers hüllt sich der Spätnachmittag in tiefes, sanftes Schweigen. Man bekommt Lust, sich mit dem Tornister an die Wand des Kells zu lehnen und zu schlummern. Aus dem Telefonunterstand kommen die beiden Kommandanten; auf die Sackleinwand, die vor dem Eingang hängt, hat jemand die Anfangsbuchstaben von Generaldirektion für Verkehrsweisen gemalt; darunter steht ein arabisches Wort.

Die Leute von der eingeborenen Polizei pilgen übertrajht vor dieser Unterkunft stehen zu bleiben und zu buchstabieren, ehe sie weitergehen: „Tre... in oder Tre... son. Der Führer der neuen Besatzung steht arglos aus.“

„Telegraphenunteroffizier!“
Der Feldwebel der einen neugierigsten Kompanie, der auf alles achtet, sieht den der anderen Kompanie an und macht die Bewegung des Schereinschneidens. Bianca begreift: „Die Köhnen haben die Telefonleitung durchschnitten.“ Der Hellschauer wird geholt, ein riesiger Dreijuch mit einem kleinen, runden Spiegel, wie ein niedriges Kinderpielzeug. Der Kommandant des Telegraphenunteroffiziers ergreift ein Stäbchen, das hinten am Spiegel ausgebracht ist. Er stellt ein- und rufft an: tafa

tat tat tafa. Man sieht weiter nichts als den besonnten Seite und seine leisen Bewegungen. Die Soldaten schauen alle auf dem Strahl aus, der von Annual kommt, das sich in der Ferne am Horizont über dem Wall abzeichnet.

Bianca sieht, wie auf dem Hügel vor dem Wall ein großer blauer Stern aufsteigt und wieder erlischt. Annual antwortet kurz darauf verwahrt der Unteroffizier den Betsiographen; Kommandant befiehlt ihm, die beiden Lichttelegramme, die er und Antwort, aufzuführen und ihm zu übergeben. Der Feldwebel zum Abmarsch ist da. Der Feldwebel tritt wieder vor die Reihe: „Auf! — Tornister ablegen! — Abgählen!“

Dann kommandiert der Offizier: „Bis Rote fünfzehn — einen Schritt vortreten!“

Die Posten werden abgelöst; Bianca kommt an eine Ecke Stellung, neben einem Maschinengewehrstand. Mit einem eigenen Blick orientiert er sich mechanisch. Sein Posten steht eine kleine, unregelmäßig aus Steinen und Sandblöcken aufgeführte ein wenig vorspringende Kassel aus. Darüber ist eine Art verjaartes Feldbach aus stellenweise noch mit Haaren bedeckte Fell ausgepannt. Es ist hart und steif und an Stängen von Steinen befestigt, zwischen denen weite Lücken lassen. In einer Breite von dreißig Metern streckt sich davor der Draht über dürrtem Sand, auf dem nicht einmal Steine liegen. Man drin steht ein Tuchleben im Winde. Das muß man wissen, wenn man nachts Posten steht. Hinter dem Gewehr aus Draht ein Pfahlwerk liegt ein Kreuz auf der Erde; ein Arm ist so hoch. Da die Schiffsgeschütze nicht bis hierhin reichen, ist der Grab nur mit vier kleinen Geschossen der Gebirgsartillerie schmückt; sie sehen wie große, ische Bomben aus. Noch weiter vorn ist eine sanfte Geländebiegung mit den langen aufwürfen der feindlichen Gräben. Ein Unteroffizier kommt und legt ein Duzend Handgranaten neben Bianca auf die Erde.

„Für mich? — Was soll ich damit? Sie werden für Nachbarkämpfungen sein.“

Angewiesen ist die alte Besatzung angetreten.
„Verdammt, Bianca“, meint der Unteroffizier, „die werden sie hochnehmen!“

„Was?“
„Na, dre da!“ Er deutet auf die abgelösten Kompanien und wiegt bedenklich den Kopf. Bianca sucht die Schienel.

(Fortsetzung folgt)

Die Politik des Als ob

Von Rudolf Breitscheid.

Die Regierung hat die Neuwahl des Reichstags auf den November angelegt. Sie ist also in dieser Beziehung auf dem Wege der Verfassung vorgeschriebenen Wege geblieben. Daß es unterirdische Strömungen gab, die sie von diesem Wege abbringen wollten, ist bekannt, und wir dürfen sogar vermuten, daß sie sich auch innerhalb des Kabinetts selber bemerkbar machten. Bezeichnend genug ist ein Artikel im „Ring“, jener Regierung und dem Herrenklub nahestehenden Wochenchrift, Herrn von Gleichen, in der noch am 16. September Zweifel geäußert wurden, ob Wahlen überhaupt stattfinden würden und die etwaige Nichtanberufung eines Wahltermins oder die Aufhebung aus dem „Notstandsrecht“ hergeleitet wurden.

Man kann diese Ratgeber, die ihre Staatsstreiche nur schlecht hinter einer verwegenen Auslegung der Verfassung verbergen, durchgedrungen sind, so ist das wohl nicht zuletzt das Verdienst des Reichspräsidenten, der an seinem Eide festhält. Aber wie soll es nun weitergehen? Die Wahlen mögen einige Verschiebungen in den parlamentarischen Machtverhältnissen bringen, eine Mehrheit für Herrn v. Papen werden nicht herbeiführen. Damit rechnen, wie anzunehmen ist, die Regierung auch selber nicht. Sie wird also nach dem 6. November wieder vor denselben Fragen und Schwierigkeiten stehen, denen sie sich nach dem 31. Juli gegenüber sah. Sie könnte noch einmal versuchen, wobei wir ganz dahingestellt sein lassen wollen, daß ein solcher Schritt, wie man ihn auch offiziell begründen möchte, im Einklang mit dem Geist der Verfassung in Einklang zu bringen wäre, wie die Auflösung vom 12. September. Aber was wäre mit einer solchen Politik erreicht? Es würde eine verheerende Unruhe ins Volk getragen, ohne daß Herr von Papen auf dem parlamentarischen Wege zum Ziel gelangte. Darüber sind sich die Parteien zweifellos auch im klaren, und man darf erwarten, daß sie sich über die Zukunft überhaupt Gedanken machen, werden sie schon jetzt in Erwägungen über die weiteren Maßnahmen eintreten müssen.

Der erwähnte Artikel im „Ring“ will ihnen dabei behilflich sein. Die Entwicklung in Deutschland, so meint er, werde um eine durch Oligarchie, das heißt unter Verfassungsbruch, herabgekommene Reform von Wahlrecht und Verfassung nicht herumkommen. Aber auch das reiche nicht aus. Die Regierung werde vorerst das Parteiwesen ganz ausschalten müssen. „Es muß schon jetzt so regiert werden, als ob es Parteien als interessenpolitische Faktoren in der Politik nicht mehr gäbe.“

Man könnte zunächst die Frage aufwerfen, was unter Parteien als interessenpolitische Faktoren zu verstehen sei. Wahrscheinlich soll der Sinn dieser dunklen Wendung der sein, daß Parteien zwar bestehen dürften, aber nichts zu sagen haben, und die Regierung wird nun angeraten, zunächst die Philosophie des Als ob auf die Politik anzuwenden. Wenn das genügend lange und mit dem nötigen Nachdruck geschehen ist, so werden eben die Parteien von selbst verkümmern und eingehen.

Es gehört neuerdings überhaupt loszusagen zum guten Ton, für alles Unglück die Parteien verantwortlich zu machen, und dabei tun sich natürlich diejenigen am meisten hervor, die eben wie die Regierung Papen keine Partei haben, auf die sie sich stützen können. Aber die Partei ist doch nichts anderes als die Verkörperung eines Volksteils, der sich über die politischen Aufgaben und ihre Lösung eine bestimmte Vorstellung macht. Wer die Parteien ausschalten will, schaltet das Volk aus, das praktisch nur auf dem Weg über die Parteien seinen Einfluß geltend machen kann, und er zerstört bewußt den wesentlichsten Grundpfeiler der Verfassung, nach dem die Staatsgewalt vom Volke ausgeht.

Die Anhänger der Politik des Als ob haben aber auch noch eine andere Begründung für ihre Vorschläge gefunden oder besser gesagt erfunden. Das ist das staatliche Notstandsrecht. Der Reichspräsident müsse erkennen, daß es mit dem Parlament nicht gehe, und daß er also, um den Staat zu erhalten, Reichstag und Verfassung über Bord zu werfen habe. Sie berufen sich dabei auch auf die Eidesformel, die der Artikel 42 der Weimarer Verfassung dem Präsidenten bei der Übernahme seines Amtes vorschreibt. Es heiße da, daß der Mann an der Spitze des Reiches seine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehrern und Schaden von ihm wenden werde. Befreiung von Parlament und Parteien soll eben eine Abwehr von Schaden sein.

Nun aber heißt es in der Formel weiter, daß der Reichspräsident die Verfassung und die Gesetze des Reiches zu wahren entschlossen ist, und damit ist ausdrücklich gesagt, daß die Art, wie Schaden vom deutschen Volke abgewendet wird, niemals und unter keinen Umständen im Widerspruch zur Verfassung stehen darf. Die Proklamierung eines Notstandsrechts im Sinne der Ratgeber des gegenwärtigen Kabinetts, würde dem jeweiligen Reichspräsidenten unbeschränkte Vollmachten geben, und daß das in Weimar nicht beabsichtigt war, geht von allem anderen abgesehen, ja auch aus dem Artikel 48 hervor. Die Proklamierung des Notstandsrechts wäre — und daran können auch Gutachten von noch so vielen Professoren nichts ändern — nichts anderes als der offene Staatsstreich.

Man mag sich auf den Standpunkt stellen, daß alle diese Fragen zur Zeit nicht akut sind, da die Regierung ja Wahlen ausgeschrieben hat. Aber sie können sehr bald akut werden, und wir haben die Pflicht, uns mit ihnen auch in der bevorstehenden Wahlkampagne sehr ernst zu beschäftigen. Wir mögen auch überzeugt sein, daß sich der Reichspräsident in der Zukunft wie bisher Verträgen widersetzen wird, die sehr stark an diejenigen erinnern, mit denen die fromme Hofmarilla Friedrich Wilhelm IV. von Preußen einen Verfassungsbruch geneigt machen wollte. Aber es könnten unter Umständen Dinge eintreten, die die Position der Staatsrechtstheoretiker zu verbessern geeignet wären, und deshalb gilt es, von vornherein den schärfsten Protest gegen ihre Pläne einzulegen und das Volk gegen sie aufzurufen.

Gemein hat Casselle recht, wenn er Verfassungsfragen Machtfragen nannte. Aber das heißt nicht, daß wir gegen diejenigen Eliten, die die Verfassung zu ihren Gunsten zu brechen beabsichtigen, nicht vom Boden des Rechts aus kämpfen sollen, und wenn Kanonen, kapitalistische Einflüsse usw., wie Casselle sagt, Stütze der Verfassung sind, so ist auch das Rechtsbewußtsein des Volkes ein Stütz der Verfassung. Dieses Rechtsbewußtsein zu stärken und wirksam zu machen, ist unsere Aufgabe.

Reichsbanner-Ortsgruppe aufgelöst

Auf Anordnung Brachts

Stralsund, 21. September. (Eigener Drahtbericht.)

Auf Anordnung des kommissarischen preussischen Staatsministers ist durch die Ortspolizeibehörde des vorpommerischen Städtchens Richtenberg die dortige Ortsgruppe des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold „aufgelöst“ worden. Die polizeiliche Verfügung stützt sich auf § 2 des Reichsvereinsgesetzes und auf den Aufruf der Volksbeauftragten vom 12. November 1918. Als Grund wird angegeben, daß „der Zweck des Vereins den Strafgesetzen zuwiderläuft.“

Im Februar des vorigen Jahres war es zu einem Zusammenstoß zwischen einer Reichsbannergruppe und Nationalsozialisten auf der Chaussee vor Richtenberg gekommen, wobei einige Nationalsozialisten mehr oder weniger erheblich verletzt wurden. In dem gegen die Reichsbannerleute anhängig gemachten Landfriedensbruchprozeß wurden Gefängnisstrafen festgesetzt. Unter den Verurteilten befand sich auch der technische Leiter des Richtenberger Reichsbanners, der die betreffende Gruppe geführt

hatte. Nachdem nun die Verurteilungen rechtskräftig geworden sind, ist jetzt die Auflösung der Ortsgruppe des Reichsbanners angeordnet worden.

Die Behauptung, daß der Zweck der Richtenberger Reichsbannergruppe den Strafgesetzen zuwiderläuft, ist völlig abwegig, weil alle Reichsbannergruppen nur Teile des gesamten Reichsbanners sind. In den Bundesstatuten sind die Rechte und Pflichten der Ortsgruppen eindeutig festgelegt. Diese Statuten sind aber auch genehmigt und verfochten nicht gegen die Strafgesetze. Infolgedessen kann auch eine Ortsgruppe, die die gleichen Satzungen anerkennt, nicht den Zweck verfolgen, den Strafgesetzen zuwiderhandeln zu wollen. Schon deshalb ist die Auflösungsverfügung rechtlich unhaltbar. Sie bekommt aber noch einen pikanten Beigeschmack, wenn man sich daran erinnert, daß bisher noch keine einzige Nazi-Ortsgruppe alschweigend dem SA- oder SS-Formationen aufgelöst wurden, auch wenn sie als Quelle zahlreicher Bombenattentate und Kapitalverbrechen entlarvt wurden.

Bracht gegen Berlin

Selbst Oberbürgermeister, bedroht er die Selbstverwaltung

Der stellvertretende preussische Staatskommissar Dr. Bracht, hat am Dienstag der Stadt Berlin zwei Verordnungen zugesandt, die an den Grundlagen der kommunalen Selbstverwaltung rühren und den heftigsten Widerspruch aller preussischen Gemeinden hervorzurufen müssen.

Bracht erklärt, „aus den Zeitungen“ ersehen zu haben, daß die Reichshauptstadt eine Vereinfachung und Vereinfachung ihrer Verwaltung plane durch eine neue Einteilung der Stadtbezirke. Ueber das Wie wird zur Zeit in den verantwortlichen Körperlichkeiten Berlins beraten. Bracht schlägt aber mit seinem Erlaß auf den Tisch und ruft: „Soll die Selbstverwaltungsorgane der Stadt Berlin nicht in kurzer Zeit zu einem brauchbaren Ergebnis kommen, werde ich dem Staatsministerium vorschlagen, diese Aufgabe durch eine Verordnung des Herrn Reichspräsidenten zu lösen“, darauf daß die Stadtverordnetenversammlung und die Bezirksverordneten ausgespart werden. Der Magistrat soll dann mit dem Oberbürgermeister die Verwaltungsreform allein vornehmen. Die Frist will Herr Bracht bestimmen und sollte sie etwa vom Magistrat nicht eingehalten werden, so soll der Oberbürgermeister Diktaturvollmacht erhalten! Neuwahlen beider Mitglieder der Bezirksämter dürfen, nach Herrn Bracht, einstweilen nicht vorgenommen werden und der Herr Staatskommissar will bis zum 15. Oktober wissen, ob die Stadt- und Bezirksverordneten-Versammlungen die Verwaltungsreform in seinem Sinne durchgeführt haben. In dem zweiten Erlaß wird dieser Sinn gedeutet: Berlin soll sich nach der jüdischen Stadtratsverfassung neu gliedern und vereinfachen!

Diese Diktate des Staatskommissars an die vier Millionen Menschen zählende Reichshauptstadt erinnern in Form und Inhalt an die Kommandaturbefehle aus der Kriegszeit. Mit der Selbstverwaltung der Gemeinden haben sie nichts zu tun, und es ist selbstverständlich, daß sich die Berliner Sozialdemokraten mit allen Mitteln gegen einen solchen Eingriff in die städtischen Rechte wehren wird.

Wapen von Held gestellt

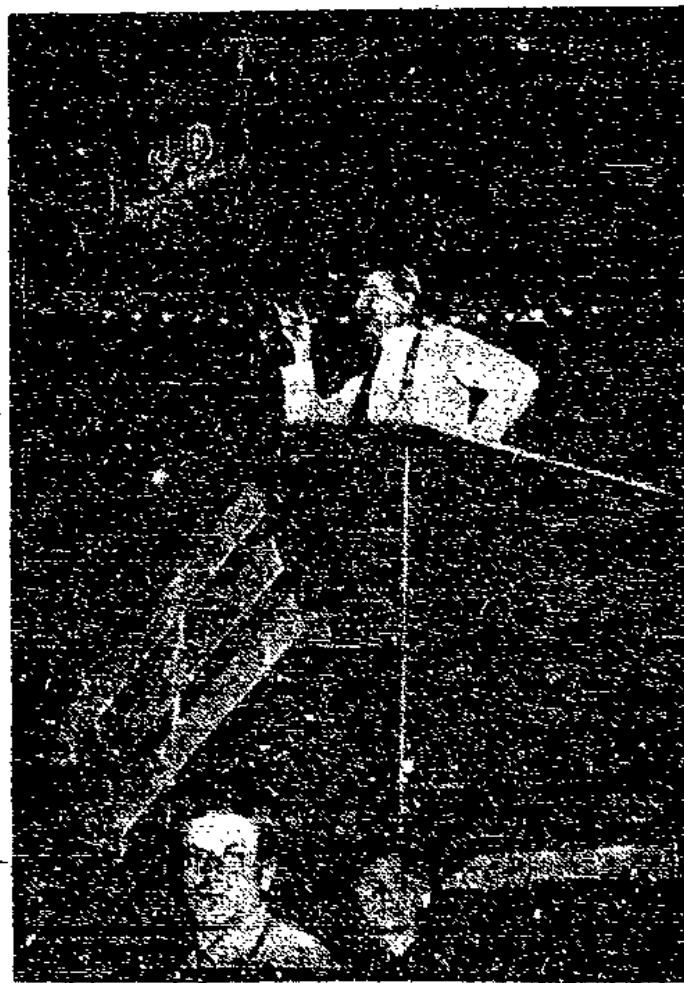
und zu Zugeständnissen gedrängt

München, 21. September. (Eig. Drahtbericht.)

Das Organ des bayerischen Ministerpräsidenten, der „Regensburger Anzeiger“, läßt den Schleier über die Besprechungen, die Dr. Held und Staatsrat Schäffer als Vertreter der bayerischen Regierung und der Bayerischen Volkspartei am Montag mit dem Reichskanzler hatten.

Den bayerischen Herren kam es nach dem Regensburger Blatt darauf an, dem Reichskanzler begreiflich zu machen, daß an dem Termin der Neuwahlen (6. November) unter allen Umständen festgehalten werden und das Ergebnis dieser Wahl unbedingt abgewartet werden muß, bevor auf dem Gebiet der Innenpolitik irgendwelche Entscheidungen getroffen werden. Diese Mahnung bezog sich im besonderen auf die Verfassungsexperimente und die Reichsreformpläne, wobei sich die bayerischen Herren vom einmali die „beruhigende“ Versicherung geben ließen, daß die Reichsregierung unter keinen Umständen den Artikel 48 zur Lösung dieser Frage benutzen werde. Herr von Wapen hat offenbar noch ein übriges getan, indem er Verständnis zeigte für den bayerischen Vorschlag, der dem Reichsrat die Aufgabe zuweisen will, auf Grund einer Verständigung unter den deutschen Völkern den Plan für eine Reichsreform aufzustellen. Diese Angaben werden ergänzt durch einen Artikel der

Die Partei im Wahlkampf



Die erste Wahlkampfgebung der Sozialdemokratischen Partei fand im Berliner Sportpalast statt. Unter Bild zeigt den Parteivorsitzenden Otto Wels bei seiner großen Kampfsprache.

Bayerischen Volkspartei-Korrespondenz, in dem der Standpunkt der Bayerischen Volkspartei gegenüber der Papen-Regierung scharf herausgestellt wird. Es heißt darin:

„Es geht heute in Deutschland darum, im Reiche die Voraussetzungen für eine Regierungsgewalt zu schaffen, die wieder einen gesunden Boden unter den Füßen hat. Das kann nur geschehen, wenn wieder eine von den lebendigen Kräften des Volkes von unten her aufgebaute Tragfläche für das Regieren im Reiche geschaffen wird. Man mag die Verfassung reformieren und ummodellieren wie man will. Das Reich, das nicht im Volke begründet ist, wird kein Reich sein. Darum muß die Demokratie die Grundform des deutschen Staatslebens sein. Die Diktatur und der Absolutismus sind und bleiben Wünsche eines entarteten Staatsgeistes. Daran wird die Bayerische Volkspartei festhalten und dafür wird sie auch im bevorstehenden Wahlkampf kämpfen, der durch eine verhängnisvolle Politik dem deutschen Volke aufgezungen worden ist. Der Sinn einer sogenannten überparteilichen Reichsführung kann nicht darin bestehen, in einer völligen Verkennung der Volkswirklichkeit sich gegen die Parteien zu stemmen und die Parteien als solche zu bekämpfen. Nur wer auf dem Monde lebt, kann auf den Gedanken kommen, die politischen Parteien hätten sich überlebt. Eine Regierung, die führen will, muß es verstehen, die Vielgestaltigkeit der Willensrichtungen, wie sie durch die Parteien sichtbar wird, zu einer politischen Einheit zu bringen, in der auch für eine entsprechende Opposition ein Platz zu ruhiger Betätigung ist. Eine Reichsregierung, die sich auf die Dauer allein auf die Autorität des Reichspräsidenten stützen zu können glaubt, wird diese Autorität verzehren. Diese Gefahr besteht in Deutschland. Es ist daher dringend abzurufen, daß die Reichsregierung mit dem Namen des Reichspräsidenten Wahlen macht. Allein aus diesem Grunde ist der Gedanke eines sogenannten Hindenburgblods für die bevorstehenden Wahlen abzulehnen.“

Am Schlusse des Artikels wird mit besonderem Nachdruck darauf verwiesen, daß es eine absolute Zehlfeststellung wäre, zu glauben, es wäre jetzt ein günstiger Zeitpunkt gekommen, um die innere Einheitsfront von Zentrum und Bayerischer Volkspartei zu sprengen.

Aus diesen Ausführungen kann man den Schluß ziehen, daß es gewiß zu mutungen, die Herr von Wapen an die bayerische Abordnung gestellt hat, eine wenig freundliche Aufnahme gefunden haben.

Wochenchrift „Das Reichsbanner“ verboten

Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, hat der Oberpräsident in Magdeburg auf Eruchen des kommissarischen Ministers des Innern die in Magdeburg erscheinende Wochenchrift „Das Reichsbanner“ wegen des Artikels „Die Schuld von Orlau“ mit dem Untertitel „Offener Brief an den stellvertretenden Reichskommissar in Preußen, Oberbürgermeister Dr. Bracht“ in Nr. 38 vom 17. September 1932 auf Grund der Verordnung des Herrn Reichspräsidenten gegen politische Ausschreitungen vom 14. Juni 1932 auf die Dauer von vier Wochen verboten.

SPD. möchte bei uns spitzeln

Köln, 22. September. (Eigener Funktbericht.)

Die Kommunisten wollen, wie aus Köln gemeldet wird, die Agitation in der Sozialdemokratie mittels Tarnung betreiben. Die Tarnung soll dadurch erfolgen, daß die Propagandatruppen entweder das Drei-Weiß-Abzeichen, das Reichsbanner-Abzeichen oder das Abzeichen vom Freien Wasser-Sport anlegen, um so den Leuten vorzutauschen, sie seien zufriedene Mitglieder dieser Organisationen.

SPD. für Nothilfe

Aktion der SPD. im sächsischen Landtag

Dresden, 22. September. (Eigener Funktbericht.)

Die sozialdemokratische Fraktion des sächsischen Landtags hat an den Landtagspräsidenten das Ersuchen gerichtet, eine Zwischentagung einzufügen, damit in Sachen vor Beginn des Winters eine Hilfsaktion für die nothleidende Bevölkerung ins Werk gesetzt werden kann. Da die sozialdemokratische Fraktion über mehr als ein Drittel der Landtagsfraktion verfügt, muß dem Antrag auf Einderung des Landtags stattgegeben werden.

In einem dem Landtag vorgelegten Antrag fordert die sozialdemokratische Fraktion die Bereitstellung ausreichender Mittel zur Beschaffung von Nahrungsmitteln, Heizungsmaterial und Bekleidung und zum Ausbau der Schulheizung und der Notkassen. Besondere Maßnahmen sollen für die erwerbslose Jugend schnellstens eingeleitet werden. Die Unterstützungssätze sollen auf den Stand vom 1. April 1932 zurückgebracht werden. In einem anderen Antrag wird verlangt, daß die sächsische Regierung von der Reichsregierung die Zuschüsse der Verordnungen vom 4. September 1932 forderet. In den staatlichen Werken soll kein Lohnabbau zugelassen werden und in entsprechender Weise soll auf die unter staatlichem Einfluß stehenden Betriebe und auf die Betriebe der Gemeinden eingewirkt werden.



25 eigene Verkaufsstellen!

Versand in Breslau frei Haus (Barzahlung), auswärts gegen Nachnahme oder Vorauszahlung ohne jeden Skonto ab Breslau — Verpackung, zum Selbstkostenpreis, wird nicht zurückgenommen — Flaschenpfand Vollverzehung

Wir sind stolz darauf unseren Kunden die besten Branntwein- u. Getreidekornmarken in Breslau verkaufen zu können!

1. Weil wir den Getreideeinspritz von dem neubauten Werk der D. K. V. (Deutschen Kornbranntwein-Verwertungsstelle) in Münster-Lüdinghausen beziehen. Die technische Vollkommenheit dieses neubauten Reinigungswerkes steht in Deutschland einzig da (im wahren Sinne des Wortes ein Veredelungswerk).
2. Zum Getreidemutterkornverkauf hat die D. K. V. nur drei leistungsfähige Dickmaisch-Kornbrennereien in Deutschland zugelassen und zwar zwei in Nordhausen und eine in Celle. Durch monatelanges Probieren haben wir die eine Dickmaisch-Kornbrennerei in Nordhausen bevorzugt, welche nach unseren Feststellungen die feinsten, reinsten und hochwertigsten Qualitäten liefert. Da wir das größte Unternehmen Ostdeutschlands unserer Art sind, haben wir von dieser Dickmaisch-Kornbrennerei das alleinige Bezugsrecht für Breslau erhalten, wodurch wir in der Lage sind, die feinsten, reinsten und hochwertigsten Branntwein- und Getreidekornmarken in Breslau herzustellen.

Fache-Branntwein-Marken:		Fache-Getreidekorn-Marken:	
Feiner Breslauer	vollwertig durch Verwendung von Roggenkorn 25% Ltr.-Fl. 1.40	Fache Weizenkorn	der berühmte alte Breslauer Korn, unser Stolz . . . 32%, Ltr.-Fl. 2.20
Feiner alter Breslauer	der alte berühmte Breslauer mit Getreidekorn 25%, Ltr.-Fl. 1.50	Fache Roggenkorn	die Elite-Qualität . . . 32%, Ltr.-Fl. 2.20
Fache Edelmarke	mild, aromatisch durch Destillat und Roggenkorn 29% Ltr.-Fl. 1.70	Fache Getreidekorn	unsere Standardmarke, etwas ganz Ausserlesen, 37%, Ltr.-Fl. 2.60
Fache Krem	rassig, gehaltvoll durch Weizenkorn 32%, Ltr.-Fl. 1.90	Jagdkorn	(Doppelkorn), vollaromatisch, rassig, ebenbürtig den führenden Marken d. Kontinents, 42%, 0.8 Ltr. in Original-Steinkrügen 2.50
Fache Exquisit	pikant, mit durchdringendem Getreidegeschmack 38% Ltr.-Fl. 2.30		

STADTHEATER
Donnerstag 19.30 bis gegen 23
Der Jarewitsch
Freitag, 20 bis 22.15
In vollständiger Neuinszenierung
Der fliegende Holländer
Sonnabend, 21 bis 22.30
Der Opernball

LOBETHEATER
Donnerstag, Freitag
20.15 bis 22.15
Schäfer Anton Hill
Sonnabend, 20.15 (u. tägl.)
Neuinszenierung!
Spiele im Schloß
Inszeniert von Franz Wolnar

**GERHART-HAUPTMANN-
THEATER**
Täglich 20.15 bis 22.30
Die verbannte Gioconda

**CIRKUS
BUSCH**
Heute Donnerstag ringen:
Entscheidung
Wagy Sandor - Sziruchin
Entscheidung
Schulz - Sugakoff
Entscheidung
Reiber - Ahrens
Entscheidung
Döring - Sasorski

**Druckerei
Volkswacht**
fertig
moderne Druckmaschinen
Breslau 2, Flurstr. 4/6

Die grosse "Prager" Woche ist wieder da!

Prager bringt besonders dafür bereitgestellte Riesenmengen **Ulster-Paletots, Ulster- und Paletots** Strassen-Anzüge, Smoking-Anzüge, Loden-Mäntel, Joppen u. Hosen **eigener Anfertigung**, jedes Stück seinem Wert entsprechend eine Meisterleistung an Stoff, Zutaten und sorgfältigster Verarbeitung **zu sensationell durchschlagenden Ausnahme-Preisen**, wie Breslau und Umgebung noch nicht gesehen hat.

Kommen, Sehen, Staunen, denn alle Prager-Fenster zeigen Ausnahme-Preise! Das ganze Haus steht im Zeichen der preisverbilligenden "Prager"-Woche! Wie immer bei Prager: Alles für die Güte der Ware! Nichts für warenwertuernde Aufmachung.

L. Prager

Breslau Albrechtstr. 51 Eingang nur Ecke Schuhbrücke



Seit 72 Jahren

500 Mt.
sucht bald Geschäftsmann (Genoffe), Kunst- u. Silber, vorh. Diff. mit B. 121 a. d. Volkswacht, Flurstr. 4, ckt.

Arbeitshofen
für alle Berufe (Tag u. Nacht)
Krywalski, Schneiderstr. 2632
Flurstr. 12.

Möbel
in großer Auswahl zum äußerst billigen **Kassapreis**
Versäumen Sie nicht die Gelegenheit, bevor Sie Möbel kaufen, mein großes **Lager** zu beschließen. Nur ganz geringe Spesen, deshalb so billig bei
Israel Eisinger
Schwerstr. 5 neben Thalia-Theater
Auf Wunsch Zahlungsziel!

Nähmaschinen, Silber
verf. Fenner, Ullrichstr. 5

Küchenschrank
billig zu verkaufen
Flüßerei Fürstenstraße 6

Fußballhofen
Sportplatz, alle Größ. u. Farb., vorzüglich, in S. 75 Nr. 7, Vereine, Extrazettel.
Friedländer, Sonnenstr. 30

Bitte bei allen Einläufen stets die Inserenten unserer Zeitung zu berücksichtigen

Verband der Deutschen Buchdrucker
Am Sonntag verschied unser lieber Kollege, der **Maschinensetzer August Kramer** im Alter von 54 Jahren.
Einäscherungsfeier: Freitag, 14 Uhr, Gierthische Kapelle in Gräbschen.

Am gleichen Tage verschied durch Unglücksfall unser lieber Kollege, der **Maschinensetzer Hugo Schnee** im 38. Lebensjahre.
Einäscherungsfeier: Freitag, 16 Uhr, Gierthische Kapelle in Gräbschen.
Das Andenken der Verstorbenen wird stets in Ehren gehalten werden.
Die Mitglieder des Ortsvereins Breslau

Am Dienstag, dem 26. September, starb nach schwerem Leiden unser treuer Mitkämpfer **August Schumann Paschwitz** im Alter von 66 Jahren.
Wir verlieren in ihm einen altbewährten, treuen Mitstreiter.
Sein Andenken wird stets in Ehren gehalten.
SPD. Breslau (Land-Neumarkt-Kreis)
Die Beerdigung findet Sonnabend, den 24. Sept., 9 1/2 Uhr, in Paschwitz statt.

Am 20. September verstarb unser Mitglied, die **Witfrau Anna Heckner geb. Kraut** im Alter von 76 Jahren.
Ihr Andenken werden in Ehren halten
Die Mitglieder **der Bezirksmusik-Kasse Ardameas**
Beerdigung Freitag, den 23. September, nachmittags 3 Uhr, von der Halle St. Nikolai, Cosel.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten zur Kenntnis, daß am 20. September 1932 verstarb **verw. Frau Anna Menzler geb. Schulz** im Alter von 86 Jahren verstorben ist
Dies zeigt hiermit an
Breslau, Sprottau-Str. 1, den 22. Septbr. 1932
Fran Laska
Beerdigung: Sonnabend, den 24. September, nachm. 5 Uhr, auf dem Friedhof der Monistischen Gemeinde, Buzlauner Straße.

Ich bin als **Rechtsanwalt** am Amts- und Landgericht Breslau zugelassen.
Meine Kanzlei befindet sich **Zwingerplatz 1** Fernsprecher 56030
Dr. Franz Herrmann Rechtsanwalt

Sanitätsrat Dr. Hamburger Zimmerer-Hosen
verzogen nach **Kaiser-Wilhelm-Straße 93** A. Malinowitzer
Neuer Fernsprecher 86467
Sämtliche Krankenkassen

Prof. L. Fraenkel zurückgekehrt

Pfänder-Versteigerung.
Am 6. Oktober 1932, vormittags von 9 Uhr ab, findet in unserem Versteigerungsraum **Berliner Platz 2** Die öffentliche Versteigerung der nicht eingelösten Pfänder, rote Scheine bis Nr. 8500 (Gold- und Silberachen, Brillanten, Schreibmaschinen, Photoapparate etc.) statt.
Bietungstermin Am. 10. — Verlängerungen von zu Versteigerungen fälligen Pfändern erfolgen an den beiden letzten Tagen vor der Versteigerung nicht. — Ueberhänge aus den versteigerten Pfändergegenständen können innerhalb eines Jahres im Hochhaus, am Ring 9/11, Zimmer 303, abgeholt werden, anderenfalls sie in das Eigentum der Stadtgemeinde übergehen.
Breslau, den 21. September 1932.

Gemeinnütziges Pfandleihhaus der Stadt Breslau G. m. b. H. Schubert.
Buchhandlung Volkswacht Modernes Antiquariat
Breslau 2 * Flurstraße 4/6

Zimmerer-Hosen schwarz, engl. Leder, m. Zollstocktasche 13.-, 10.-, 7.50, 5.80
A. Malinowitzer Klosterstraße 23

Urania 12 Monatshefte und 1 Heft
Der Sozialistische Monatshefte
Preis pro Quartal 3 Mark, Einzelheft 1 Mark
Vorzugsausgabe (auf besonders schönem Papier) pro Quartal 6 Mark, Einzelheft 2 Mark

Zausche meine 1. - Zimmer mit Wohnküche in Giedlung Büchsenstraße gegen Abzahlung bis 32 Rest. Offert. mit B. 122 an die Volkswacht, Flurstr. 4.

Torfmulm in Ball, entsäuert / **Huminal B** der neue Mineralstoff
Humusdünger
Düngemittel, organische und künstliche
Hornspäne — Knochenmehl
Schädlings-Bekämpfungsmittel
fertig, der fertige Raupenleimring
„Verina“ Verkaufskontor für chem., techn. Industrieprodukte und -Apparate
Breslau 6, Postliner Straße 59

Verlangen Sie, bitte, ein Probeheft!
Sozialistische Monatshefte
Herausgeber Joseph Bloch
Preis pro Quartal 3 Mark, Einzelheft 1 Mark
Vorzugsausgabe (auf besonders schönem Papier) pro Quartal 6 Mark, Einzelheft 2 Mark
Die **Sozialistischen Monatshefte** sind diejenige Zeitschrift, in der die Idee des Zusammenwachses des Europäischen Kontinents und der organischen Gestaltung der Welt in 5 großen Wirtschaftsimperien konzipiert und vor, während und nach der Kriegszeit am konsequentesten vertreten wurde.
Jeder Freund des Europäischen Gedankens lese daher die **Sozialistischen Monatshefte**,
Das neueste Heft enthält:
Will Köncmann / Zwischen den Wahlen
Dr. Carl Mierendorff (Mitgl. des Reichstags)
Die Republik von morgen
Max Cohen - Reuß (Mitglied des Reichswirtschaftsrats)
Verfassungsreform und Aufbauarbeit
Dr. Rudolf Wissell (Ehem. Reichswirtschaftsminister)
Bilanz des Schlichtungswesens
Julius Kalliski / Wirtschaftspläne und Wirtschaftsplanung
Herman Kranold / Die Lehre von Ottawa
Dr. Richard Kleinesibst / Angelsächsische Entscheidung über Europa?
Dr. Hans Kollwitz / Das Totenmal auf dem Soldatenfriedhof in Flandern
Ali Weyl-Nissen / Neugestaltung der Oper
Reichsregierung und Gewerkschaften / Otto Bach — Besteuerung der Genossenschaften / Dr. Erwin Hasselmann — Wahrheit und Wirklichkeit / Dr. Hugo Ehlers — Die sozialorganische Wirtschaft / Dr. Kurt Richter — Wissenschaft und Christentum / Professor Theodor Siegfried — Deutsche Gegenwartskunst? / Dr. Otto Brattkoven — Die Tonfilmoper / Felix Stössinger — Die Preissituation für die Landwirtschaft / Dr. Hans Wilbrandt — Die Stadtrandiedung / Harri Bading — Die Toten: Charles Gide, Hans Kampffmeyer, Max Kemmerich, Herman Lindqvist, August Quist, Arthur Schurig-Markee; u. a. m.
Man abonniert in allen Buchhandlungen und auf jeder Postanstalt sowie direkt beim unterzeichneten Verlag.
Für Bibliotheken bilden gebundene Bände der **Sozialistischen Monatshefte** ein wertvolles Nachschlagemittel.
Probehefte werden jederzeit kostenfrei übersandt.
Verlag der Sozialistischen Monatshefte, Berlin W. 35

Bettfedern streng reell u. preiswert in
kaufen Vertrauenssache
der Böhmisches Bettfedern-Fabrik
Friedrich-Wilhelm-Straße 45, I. Etg.
Kein Laden!

Breslauer Nachrichten

Achtung, Arbeitereltern!

Die Kulturreaktion macht Riesenschritte! Auch die „Weltliche Schule“ will man heran! Wehrt euch! Meldet alle — aber auch alle eure Kinder, die nächste Ostern anfangen, in die Sammel-

Breslau hat acht Sammelschulen:

- Sammelschule 1, Pestalozzischule, parterre, und Waterloo-Str. 2. Stod. Anmelden bei Rektor Jellen in der Pestalozzischule.
Sammelschule 2, Pojener Str. 2, Hinterhaus parterre. Anmelden bei Rektor Kaufmann.
Sammelschule 3, Ofener Str. 2, Stod. und Behmgruben-Str. 7. Anmelden bei Rektor Piesch, Ofener Str.
Sammelschule 4, Ketschkaustr. 2, Hinterhaus, 2. Stod. Anmelden bei Rektor Enders.
Sammelschule 5, Andersenstr. 2, Stod. Anmelden bei Rektor Laube.
Sammelschule 6, Krichlestr. 2, Stod. Anmelden bei Rektor Gabel, Krichlestr. 2.
Sammelschule 7, Trinitatsschule und Sauerbrennschule. Anmelden bei Rektor Wenzel, Trinitatstr.
Sammelschule 8, Uferstr. 2, Schulhaus in der Schulgasse, und Friedrich-Ebert-Schule, Zimpel. Anmelden bei Rektor Geller, Uferstr.
Den Impulschein mitbringen! Anmelden von 11 bis 12 Uhr.

Arbeitereltern! Der Aufbau dieser weltlichen Schulen war mühevoller Arbeit. Die Reaktion möchte auch dieses Werk des Sozialismus zerstören. Aufgabe der Elternschaft ist es, die weltlichen Schulen zu schützen und zu fördern. Meldet darum nicht nur eure Kinder an, sondern werbt auch im Kreise eurer Genossen und Bekannten, unter euren Verwandten, Bekannten und Freunden, bei den freien Sportlern, Sängern usw., überhaupt in allen proletarischen Organisationen und sorgt dafür, daß jeder eintritt, jeder Freidenker, jeder freie Gewerkschaftler — kurz, jeder fortschrittlich eingestellte, freidenkende Vater sein Kind der weltlichen Schule zuführt.

Geht sofort an die Arbeit! Schneidet euch die Aufnahme der Sammelschulen aus und behaltet sie bei euch, damit jedem Vater sagen könnt, wo er sein Kind anmelden soll. Wer sein Kind schon in einer Konfessionsschule angemeldet hat, die Anmeldung in einer weltlichen Schule kann er noch vornehmen. Werbt dabei auch für die Aufnahme der Kinder, die schon zur Schule gehen, aber Konfessionsschulen besuchen. Diese Kinder müssen nach den Vorschriften, also am 11. Oktober, in den Sammelschulen ankommen. Eine besondere Abmeldung von der Konfessionsschule ist nicht erforderlich.

Eltern! Die weltliche Schule will die Kinder zu freien, selbständigen Menschen erziehen und sie vorbereiten für ihre künftige Aufgabe, für die Mitarbeit an dem Fortschritt der menschlichen Kultur, für eine bessere Zukunft. Dazu müßt ihr alle durch eure Werbung mithelfen. Auf zur Tat! Tut eure Pflicht! Führt eure Arbeiterkinder in die Schule des Proletariats, in die weltliche Schule!

Freie Elternvereinigung.

Wie einst es war!

Die gute, alte Zeit ist wieder da. Nachdem erst neulich die Ludwig von einem Münchener Gericht zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden ist, hat am Montag das Schöffengericht Glogau gegen Genossen Datz auf ein einmonatiges Gefängnis erkannt. Der Staatsanwalt hatte drei Monate beantragt. Im November vorigen Jahres war ein Handelsbursche in Guhrau barfuß zur Fürsorgestelle gekommen und dort abgegeben, in Herrnhut habe man ihm keine Stiefeln gegeben, sondern ihn bei der Kälte zur Kreisstelle in Guhrau ziehen lassen. In der „Oberpost“, einem Kopsblatt der „Volkswacht“, den bei diesem Anlaß die Verhältnisse in der Wohlfahrtspflege Herrnhuter Bürgermeisters Schmidt verübt worden sein. Dafür einen Monat Gefängnis, obwohl damals der volle Ehrensühne noch nicht bestand. Gegen das Urteil wurde natürlich Berufung eingelegt, aber es zeigt bereits, was heute wieder möglich ist.

Sondergerichtsurteil wegen die Anklagebehörde

11 „Rädelsführer“ freigesprochen

Schon der Staatsanwalt mußte für 5 „Rädelsführer“ den Freispruch beantragen

In dem mit einem riesigen Aufwand konstruierten „Rädelsführerprozess“ vor dem Breslauer Sondergericht, verkündete gestern gegen 21.30 Uhr der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Kämpf, das

Urteil

Unsere Parteigenossen und „Rädelsführer“ Hildebrandt und Sedlaczek, die „Rädelsführer“ Lippich, Grossert, Bruck, Sykor, Zwirner, Griegh sowie die „Rädelsführerinnen“ Dyrst, Krause und Dominik wurden freigesprochen.

Verurteilt wurden Zimmer wegen schweren Aufruhrs und einfachen Landfriedensbruches zu einem Jahr Gefängnis, Thamm und Geister wegen einfachen Aufruhrs und einfachen Landfriedensbruches jeder zu einer Gefängnisstrafe von 8 Monaten und Rixdorf wegen einfachen Landfriedensbruches zu 4 Monaten Gefängnis.

Diese Entscheidung der Sondergerichtskammer ist zugleich eines der gerechtesten Urteile gegen die Praxis der Breslauer Anklagebehörde, die es fertig bringt, auch den unbefohlenen Menschen auf Grund sehr fragwürdiger Verdächtigungen der schwersten zuchtunwürdigen Verbrechen anzuklagen. Von 15 „Rädelsführern“ werden 11 freigesprochen, das kennzeichnet die Leichtfertigkeit der Anklagebehörde

besahen soll. Er sei der Anführer gewesen. Wahrscheinlich hatte sie damit sagen wollen, daß er ein Interesse daran habe, bei seinem Gläubiger die Scheiben eingeschlagen zu sehen, was übrigens gar nicht geschehen ist.

Auch die „Rädelsführerschaft“ der zwei angeklagten Frauen am Bodenfenster erhellte sich in seiner ganzen Problematik. Zeuge Weinlich, der auch für Hitler gestimmt hatte, erzählt, daß ihm von den Frauen ausgerufen worden sei, der Hunger habe bei ihm auf dem Fensterbrett herum, aber eine Nazifarbe müsse er heraushängen.

Zuletzt wird der „Landfriedensbruch“ unseres Genossen Sedlaczek aufgeklärt. Der Schneidermeister Baumberg aus der Hildebrandtstraße zog nach der Zerrückung einiger seiner Fenster Scheiben seine Hiltterfabrik ein. Aber sein dem Hiltterismus unrettbar verfallenes 28 Jahre zählendes Töchterlein hatte viel gesehen. Sie hatte den Genossen S. auf der Straße gesehen, sie kam jedoch im Hause dazu, als S. einen Stein zu einem Strich befestigt haben soll und hat schließlich den S. vom Balkon nochmals den Strich mit dem Stein werfen sehen. Zehnmal erzählt sie, daß S. im Hause gestanden haben soll: „Seht holen wir der Schneiderlerac die Fahne herunter!“ Der Wert dieser Aussagen wurde Har, als Herr Baumberg auf die Frage des Verteidigers, Genossen Bandmann, ausgeben mußte, daß er mit Familie S. verfreundet ist, weil sein Hund dem Angeklagten einmal die Hosen zerissen hat und deshalb gellagt worden war.

Als ein Heer von Zeugen aus dem gleichen Hause bezeugte, daß S. an den Wänden nicht bereit gewesen sein kann, weil er bei den vor der Haustür stehenden Hausbewohnern gestanden habe, beantragte Staats-

Had Du schon etwas für die Gelangenen- und Verwundeten-Hilfe getan? Material- und Sachspenden können im Büro der Sozialdemokratischen Partei, Margaretenstr. 17, Zimmer Nr. 167, und in der Redaktion der „Volkswacht“ hinterlegt werden; Geldspenden auf das Postcheckkonto 414, der Arbeiterbank für Konto 68, Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, zur Einzahlung gelangen.

so eindeutig, daß man sich mit Recht fragen darf, ob bei dieser Justizbehörde in Breslau akademisch geschulte Juristen sitzen, oder ob derartige Anklageschriften von gewöhnlichen Marxistenrechten gefertigt werden, die schon heute nach der einfachen Formel des dritten Reiches wirken, daß es nicht auf die Tat und die Täter, sondern auf die Bestimmung ankomme.

Nach der sich fortsetzenden Kette katastrophaler Niederlagen der Breslauer Staatsanwaltschaft kann man gespannt sein, wenn sich das preußische Justizministerium endlich für die skandalöse Art der Anklageerhebung interessieren und einmal eindeutig kund und zu wissen tun wird, daß vorläufig noch die bisherigen Strafgesetze als geltendes Recht anzusehen sind. Schließlich kann man nicht jede Woche ein Heer von „Rädelsführern“ auf die Anklagebänke des Breslauer Sondergerichts sehen, die nach der gewiß nicht marxistenfreundlichen, allerdings aber gerechten Entscheidung der Kammer freigesprochen werden müssen, ohne daß das Ansehen der Anklagebehörde darunter leidet. Eine solche Praxis zeigt der breiten Masse immer wieder eindeutig auf, wohin der Weg gehen würde, bekäme das deutsche Volk unter der Firma „Drittes Reich“ eine derartige „Gerechtigkeits“ zur unabänderlichen Rechtsform.

Der zweite Verhandlungstag

begann mit der Vernehmung weiterer 47 Zeugen, die sich bis in die Nachmittagsstunden hinzo. Wie am ersten Tage zeigte sich erneut die Art der Anklagekonstruktion. Der Schneidermeister Skoppe aus der Friedrich-Karl-Str. bei dem auch Scheiben eingeworfen worden sind, weil er eine Sakentanzfahne heraushängen hatte, machte seine Aussagen dergestalt, daß er die Auffassungen seiner „Arbeiterpartei“ den Marxisten andichtete. Da soll ihm der angeklagte SA-Mann Lippich zugerufen haben, ihm würde der Hals abge schnitten werden und Bruck soll diesen Jurist durch entsprechende Handbewegungen unterstützen haben. Sehr eifrig war auch der Kaufmann Böhm bei der Sache, der im gleichen Hause sein Geschäft hat. Grossert soll ihm gegenüber den Wunsch geäußert haben, daß sein Geschäft hontfortiert werden müste, weil er auch so ein Lump und Schuft sei.

Eine große Anzahl von Zeugen bezeugte dagegen, daß die vier Angeklagten überhaupt erst auf der Straße erschienen sind, als die Polizei die Menge vertrieben hatte und nur noch distanzierende Gruppen der Anwohner herumstanden.

Was Herr und Frau Böhm nicht sagten, was aber andere Zeugen bestätigten, wies ein helles Schlaglicht auf die Bestimmung der Belastungszeugen. Frau Böhm hat nämlich dem Angeklagten Rixdorf erklärt, daß er erst einmal seine Schulden

anwaltschaftsrat Lig sofort die Aushebung der Vernehmung, weil er alle diese Bewohner der Hildebrandtstraße 24 der Teilnahme am Landfriedensbruch für verdächtig hält. Diejem Wunsch entsprach aber das Gericht nicht.

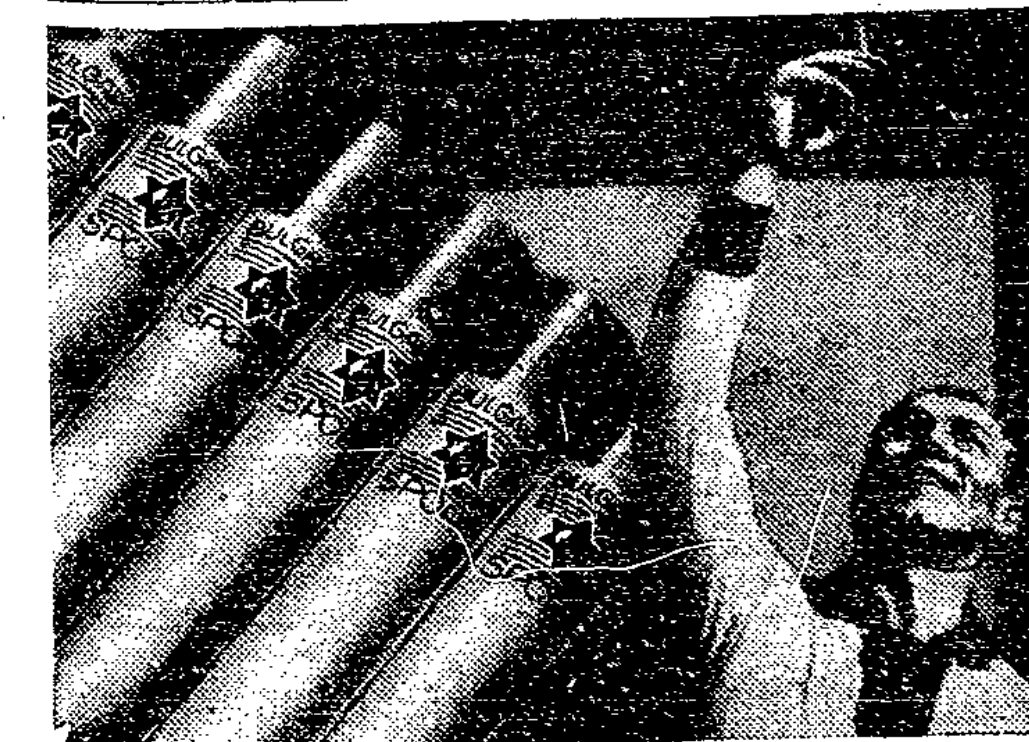
Der für diesen Fall mitangeklagte Arbeiter Sykor konnte nicht einmal von der Familie Baumberg belastet werden. Zum Schluß der Zeugenvernehmung traten noch 8 Zeugen des Angeklagten Zimmer auf, die bezeugten, ihn in der Nacht im Zentral-Ballsaal im h Lauen Hemd gesehen zu haben. Er kam gerade vom Polizeieinverständnis. Da er Vorstand eines Geselligkeitsvereins ist, trat am Tage vor der Wahl nichts anderes zu tun hatte, als ein Tanzvergnügen zu arrangieren, erhellte sich schon, wie sehr der Angeklagte an politischen Dingen interessiert war.

Die Maidoners

Staatsanwaltschaftsrat Lig war nach dieser Beweisaufnahme nicht um seine Funktion als Ankläger zu beneiden. Im Gegenlag zu anderen bekannten schneidigen Anklägern und Ankläger-Stellvertretern des Breslauer Sondergerichts, die der Anklage auch dann noch folgen, wenn sie längst zusammengebrochen ist, trat der gestern amtierende Staatsanwalt von vornherein einen für seine Behörde höchst blamablen Rückzug an. Interessant war es, daß er sich auch persönlich von dieser Anklageschrift distanzierte, mit der Bemerkung, keine Affektkenntnis zu haben, was man ihm auch nicht im geringsten verübeln kann, denn der Verlauf dieses Prozesses ist eben kein Ruhmesblatt für den Verfasser der Klageschrift. Der Staatsanwalt ließ also für fünf Beschuldigte, darunter Genossen Hildebrandt die Anklage völlig fallen und beantragte Freispruch, gegen weitere fünf Angeklagte beantragte er je drei Monate Gefängnis wegen Vergehens gegen § 11 der Notverordnung über politische Ausweisungen und nur gegen vier Angeklagte hielt er die volle Anklage aufrecht. Gegen Zimmer, Thamm und Geister beantragte er wegen schweren Aufruhrs je ein Jahr drei Monate Zuchthaus, gegen den Genossen Sedlaczek wegen schweren Landfriedensbruches eine Gefängnisstrafe von einem Jahr und gegen Rixdorf wegen einfachen Landfriedensbruches fünf Monate Gefängnis.

Rechtsanwalt Genosse Bandmann, als Verteidiger des Genossen Sedlaczek, setzte sich mit der Problematik der Anklage auseinander und ging auch ausführlich auf die innere Wahrscheinlichkeit der belastenden Auslagen der Familie Baumberg ein, die dem Beschuldigten nicht nur als politische Gegner, sondern auch persönlich nicht wohlgestimmt sind.

Treffend widerlegte er auch, daß die angeblich voneinander abweichenden Auslagen der Entlastungszeugen keinen Wert haben sollen, zumal erst in einem der jüngst vergangenen Prozesse die Auslagen der Angeklagten deshalb für wertlos gehalten wurden, weil sie „wie ein Sprechchor übereingestimmt“ haben sollten. Er beantragte auch für diesen Angeklagten Freisprechung und erhob von vornherein für den Fall einer Bestrafung wegen Sachbeschädi-



Nicht verzichten

wird der Raucher auf die besondere Note, an die er sich gewöhnt hat. Wer Bulgaria raucht, weiß, daß er eine Ausnahmestellung unter den 3 1/3-Rauchern einnimmt.

Bulgaria Sport, die 3 1/3 der Bulgaria mit Sport-Photos 6 Zigaretten mit Gold 20 Pfg.

ung Widerspruch gegen die sofortige Verhaftung, die geschwindig sei und deshalb nicht vorgenommen werden dürfe.

Rechtsanwalt G. E. in beantragte für die von ihm vertretenen 6 Angeklagten ebenfalls die Freisprechung. Bei der politischen Beurteilung der ganzen Verfassungsverhältnisse er auf die empörende Situation hin, die gestern bereits an dieser Stelle gekennzeichnet wurde. Bei der Angeklagten Krause beantragte er neben der Freisprechung auch Übernahme der Verteidigungskosten auf die Staatskasse, weil in diesem Falle die Erhebung der Anklage wegen Mordführerschaft jeglichen Verdunkelungscharakter hat.

Auch Rechtsanwalt G. E. beantragte Freisprechung des von ihm vertretenen Genossen Hildebrandt wegen erwiesener Unschuld. Unter Berufung auf die Strafprozessordnung beantragte er weiter, den Zeugen Imberg, der die Anzeige gegen Hildebrandt in grob-jahrlässiger Weise erstattet hat, zur Übernahme der Verteidigungs- und anteiligen Gerichtskosten heranzuziehen.

Nach zweistündiger Beratung wurde das eingangs erwähnte Urteil verkündet. Landgerichtsdirektor K. A. legte dar, daß das Gericht bei dem Angeklagten Seblaczek, der in gleicher Weise be- und entlastet worden ist, nicht in der Lage gewesen sei, eine Feststellung zu Ungunsten des Angeklagten zu treffen, weshalb auch er freigesprochen wurde. Die Anträge der Verteidiger, soweit sie Kostenübernahme betrafen, wurden abgelehnt. Die Verurteilten wurden nach Schluß der Verhandlung sofort wieder ausfortiert und verhaftet.

Die Honighöfen häufen sich in Leihämtern

Des großen Adolfs Mannen kämpfen gegen die Zinstnechtigkeit und gegen das Leihkapital. Gewiß ist für manchen Hitlermann der Begriff „Leihkapital“ etwas, was ihm als kleinen SA-Mann nicht unter den Nägeln brennt, aber ein Leihamt müht sich für ihn im kleinen Maßstabe eben das „fluchwürdige Leihkapital“ sein.

Neulich begegnete mir ein Breslauer Hitlermann in Zivil, obwohl er mir auf meinem Wege bisher stets nur in voller Kriegshemalung entgegengekommen ist. Manu, denke ich, was ist heute mit ihm los? Aber bald konnte ich feststellen, daß er seine braunen Stiefel nicht den Honighöfen und dem dazugehörigen Stanzstempel (mit gelbem Spiegel, verweist sich) über dem Arm trägt. „Ha, dachte ich, er hat im Braunen heute neue Klust empfangen. Also nichts Außergewöhnliches!“

Am 10. größer wird mein Erstaunen, als ich ihn plötzlich in einem Hause verwinden sehe, an dessen Wand ein Schild eines Leihamtes befestigt ist. Schnell bekam ich das dringende Bedürfnis, mich in dem fraglichen Leihamt nach dem nächsten Verzinsungstermin zu erkundigen, aber gleichzeitig mußte ich, daß der wädrere Kämpfer Adolf Hitlers keine Honighöfen auf die Stange getragen hat. Meine eigene Wahrnehmung wurde mir auch von anderen Bekannten bestätigt. In verschiedenen Breslauer Leihämtern sind Honighöfen auf Lager. Wahrscheinlich hängt's mit dem SA-Marsch zusammen, vielleicht ist es aber auch die letzte Rede der Meuterei, die Herrn Heines den Fremden vor die Füße geschmissen haben und in die Schwarze Front von Moge Grunow einzwängen!

Die Leihämter aber, nach den Auffassungen der Nazis also die kleinen Leihkapitalisten, die werden damit rechnen müssen, etwas auf Lager genommen zu haben, was zum Leihhüter werden wird, denn wer wird in der heutigen Zeit bei einer Verzinsung auf getragene Honighöfen etwas bieten?

Die Devisenbeschreibungen

Zu den bei der Eisenhandels-G. ausgedehnten Devisenbeschreibungen wird weiter bekannt, daß der Direktor und der Vorsitz mehrere Rechnungsformulare, die sie von Geschäftsfreunden aus Belgien und Westdeutschland erhalten hatten, mit fingierten Warenlieferungen ausfüllten. Für die so vorgekauften Import-Geschäfte forderten sie Devisen im Gesamtbetrag von etwa 500 000 Mark bei der Reichsbank an, die sie auch erhielten. Infolge kleiner Unstimmigkeiten bei der Devisengenehmigungen wurde dann die Sache aufgedeckt.

Die Justizpressestelle meldet zu der Angelegenheit folgendes: Wegen dringenden Verdachtes des Vergehens gegen die Devisenbestimmungen ist der Direktor einer hiesigen Eisenhandelsfirma verhaftet worden. Gegen den Rat der Firma, der sich zur Zeit in der Verhandlung befindet, ist ein Steckbrief erlassen worden. Sie werden beschuldigt, von der Reichsbank durch Vorlage unrichtiger Unterlagen höhere Devisenbeträge erhalten zu haben, als solche der Firma sonst zugehört hätten. Der Wert der Devisen, für den die Reichsbank den Gegenwert in Reichsmark erhalten hat, wird auf einige hunderttausend Mark geschätzt. Die Bankkonten der Firma und zwei Läger sind zur Sicherung von Ertrags und Kosten beschlagnahmt worden. Ihr Gesamtwert dürfte 60 000 bis 65 000 Mark betragen. Nähere Einzelheiten über den Zweck der Devisenbeschaffung sind noch nicht bekannt. Der Staatsanwalt wird voraussichtlich zur weiteren Aufklärung der Sache die gerichtliche Voruntersuchung beantragen.

Anliehbarer Vorfall

den man hätte vermeiden können

Zu einem häßlichen Antritt kam es gestern Mittwoch in der Mittagszeit in der Blockstelle 3, Lehngasse, wo ein Antragsteller einen der dort Beschäftigten durch den langen Gang jagte und verprügelte. Es wurde ihm schnell Hilfe zuteil durch die dort beschäftigten Angestellten und zwei Sipos. Es ist an und für sich nicht zu begründen, wenn in solcher Form der Arbeiter eines Abgewiesenen Ausdruck findet. Wir möchten aber auch hinweisen, daß das Verhalten gegenüber dem antragstellenden Publikum ein vernünftiges werden muß, wenn derartige Exzesse unterbleiben sollen.

Kurz vor diesem Vorfall erklärte verprügelte Angestellte einem anderen Sitzstuhls, dem ein Kind gestorben und der daher um Beihilfe ersuchte: „Ein Kind von drei Jahren hat Wasser braucht keinen Sarg!“ — Der Herr kann nur zustimmen sein, daß es noch genügend vernünftige Menschen unter den Erwerbslosen gibt, sonst würde es wohl öfter ähnliches, wie oben angeführt, geben.

Wir möchten auch den leitenden Stellen empfehlen, den Angestellten zu erklären, daß auch diese Menschen, die die Not zwingt, das Wohlfahrtsamt in Anspruch zu nehmen, Menschen sind und letzten Endes ihre Arbeit nur der Not der Mitmenschen verdanken.

Familliosige Familie gasvergiftet aufgefunden

In Oswig wurde die Witwe Anna Krause mit ihren vier Kindern im Alter von 4 bis 11 Jahren in ihrem Schlafzimmer in den Betten bewußlos, gasvergiftet aufgefunden. Der 12jährige Sohn Erwin hatte in der Küche geschlafen. Als er früh wunter wurde, war er sehr benommen und spürte einen intensiven Gasgeruch. Er lief in die Küche, um nach der Ursache zu ermitteln. Er sah in der Küche einen Gaszylinder und meinte, daß das Gas aus dem dort liegenden Gaszylinder kam. Die etwa 3 Meter vom Hause entfernte liegt, entzündet war. Das Gas war durch das Feuer und das Feuerwerk in die Wohnung gelangt. Nach der ersten Untersuchung entdeckte man, daß das Gas aus der vor dem Hause liegenden Gasleitung, die etwa 3 Meter vom Hause entfernt liegt, entzündet war. Das Gas war durch das Feuer und das Feuerwerk in die Wohnung gelangt. Nach der ersten Untersuchung entdeckte man, daß das Gas aus der vor dem Hause liegenden Gasleitung, die etwa 3 Meter vom Hause entfernt liegt, entzündet war.

Redner-Konferenz

Am Sonntag, dem 25. September, vormittags 10 Uhr, findet im kleinen Saale des Gewerkschaftshauses eine Konferenz aller für den Reichstagswahlkampf zur Verfügung stehenden, in Breslau und näherer Umgebung wohnenden Redner statt. Genosse Paul Herz, Berlin hält ein instruktives Referat über die Reichstagswahlen am 6. November. Den im Bezirk wohnenden Rednern wird die Teilnahme anheimgestellt.

Freiheit! Der Bezirksvorstand.

schadhafte Rohr. Da in der Gegend verschiedene Erdarbeiten ausgeführt wurden, dürfte sich das Erdreich gesenkt und einen Rohrbruch herbeigeführt haben.

Ringkämpfe im Zirkus Busch

Die letzten Tage der Mittelgewichts-Europameisterschaft im Breslauer Zirkus Busch bringen erstklassige Entscheidungskämpfe der Favoriten. Mit seltener Erbitterung werden die ersten Plätze dieses internationalen Ringwerttreits umsoffen. Seine erste Niederlage erlitt der Russe Gyrudin am Mittwochabend im Kampf gegen den Deutschen Döring (Bremen), dessen außerordentliche Kräfte zu den besten Hoffnungen berechtigten, daß der Titel diesmal einem Deutschen anheimfällt. Beide Ringer boten im Entscheidungskampf ihr Bestes. Sie hatten sich gegenseitig durch Doppelnelsongriffe schon tüchtig zermürbt, als nach 61 Minuten Gyrudin bei einem Rüdritzer einen Moment das Gleichgewicht verlor und durch Heberroller auf den Schultern lag. Döring wurde stark gefeiert. Zu Beginn des Programms hatte sich Schulz (Hamburg) bei Abwehrprobe der Befähigungsprobe doch zuviel zugemutet. Er bestand die Kraftprobe, mußte aber um Ausfall des Kampfes gegen Wostik (Breslau) bitten. Leider kam in der Begegnung Szandor Nagy (Ungarn) gegen Sugakoff (Rußland) der Russe am Mattenrand so unglücklich herunter, daß eine Handtaugung zum Abbruch des Kampfes zwang. Großer Beifall wurde dem Polen Sajorzki gezollt, als er nach 52 Minuten Gesamtzeit den ihm an Größe überlegenen Münchener Reiter durch Kopfschlag mit Rüdritzer auf die Schultern bringen konnte. Am heutigen Donnerstag ringen bis zur Entscheidung: Szandor Nagy (Ungarn) gegen Gyrudin (Rußland); Reiter (München) gegen Wostik (Breslau); Schulz (Hamburg) gegen Sugakoff (Rußland); Döring (Bremen) gegen Sajorzki (Polen).

Lichtspiele gewerkschaftshaus ton-kino

Kino-Vorstellungen an allen Tagen außer Montag. Ab 5,30 (17,30) Uhr, letzte Vorstellung 8,30 (20,30) Uhr

Ab Freitag, den 23. September

Das große 2 Schläger-Programm mit Bühnenschau

1. Ehe Mit Beschränkter Haftung

Eine außerordentlich lustige Angelegenheit, ein Film voller Pointen, reich an Situationskomik mit Hans Moser — Georg Alexar der — Paul Morgan — Rosa Vatek und Werner Fütterer in den Hauptrollen.

2. Der brave Soldat Schwejk an der Front

Ein Film der Lach- und Heiterkeitsstürme.

3. Auf der Bühne: Canovas lebende Tierbilder

Billigste Eintrittspreise: Erwerbslose zu allen Vorstellungen 30 Pl., Besucherkreis 50 Pl., III. Platz 60 Pl., II. Platz 80 Pl., I. Platz 1 Mk.

Gewerkschafter und Parteigenossen! Besucht das Gewerkschaftshaus-Restaurant. Jeden Sonntag Freikonzert u. im kleinen Saale Tanz.

Theater und Musik

Die Wiener Sängerknaben im Schauspielhaus

Es war eine gekagte Sache, Kinder eine Oper aufzuführen zu lassen, die inhaltlich und stimmlich dem kindlichen Habitus nicht entspricht. Doch bereitete es ein faunisches Vergnügen, so kleine Bützchen in Kostüm und Maske auf der Bühne zu sehen und beobachten zu können, mit welchem Eifer und innerer Freude jedes seine Aufgabe durchzuführen bemüht war. Gespielt wurde Haydns „Apotheker“, eines jener Gelegenheitsstücke, die er für den Eiterhospizischen Hof komponierte. In der Regieführung und der zuverlässigen musikalischen Begleitung eines Anonymus machte sich das Reputat von Fleiß und schönem Streben nach abgerundeter Weitergabe bemerkbar. Aus dem gut eingespielten Ensemble ragten die Leistungen des ungenannten Sempansio und Bolpino hervor, da aber auch die übrigen Solisten und Choristen mit Eifer bei der Sache waren, erhielt die Aufführung viel Beifall.

Man fragte aber trotzdem, ob die 20 Sängerknaben der ehemaligen Hofburgkapelle sich nicht doch lieber auf die Weitergabe von Musikwerken beschränken sollten, die ihrem kindlichen Stimmumfang und der Eigenart ihres Klanges weit zuträglicher sind als Opern, die den Erwachsenen schon nicht leicht zu lösende Aufgaben bieten. Das heißt also, Beschränkung auf das weite Gebiet der a-cappella-Literatur. Hier liegen die eigentlichen Aufgaben für die kleine madere Schar. Die Proben, die sie nun in dieser Richtung gab, entsprachen nicht unserer, allerdings hochgespannten, Erwartung. Der Chor steht vor seiner Reife nach Amerika, und nur dieser Vermerk in der Ankündigung entschuldigt einigermaßen das transatlantisch anmutende Programm mit Kompositionen von Schubert, einem letzten deutschen Tanz, zwei geistlichen Werken — darunter das Weihnachtslied Stille Nacht — und ein paar Fiedeln im Posthorn. Wahrscheinlich können Stimmen erlangen, war aber der Reiz des Besonderen, das eben nur bei Knaben anzutreffenden Stimmintabres, überwunden, dann regte sich eine gewisse Abneigung gegen die Darbietungen. Von einer feineren Differenzierung des Klanges unter Berücksichtigung von Zwischenrufen war nur in Mozarts „E“, sonst nirgendswo etwas zu hören. Eine kindliche Kultur, stehend auf wahrer Stimmbildung, würde vergeblich gesucht. Wenn nur auf lautes Singen und schreiende Präzision Wert gelegt wird, dann ist man hier zu Lande nicht gewohnt, solches Singen als ideal anzusehen. Das Choralgefühl, das in das Gebiet der Art ist und sich somit von unterem Kunstgeschmack erhebt ab.

Sozialdemokratische Partei

Partei-Ordnungstatut. Gewerkschaftshaus, Zimmer 167-170. Telefon Nummern 500 00-500 01. Öffnung außer Sonntagen von 9-1 und 6-7 Uhr.

Engerer Parteivorstand. Freitag, abends 8 Uhr, wichtige Sitzung des engeren Parteivorstandes im Parteibüro. Dittke 22, Montag, 26. September, 20 Uhr, im Parteibüro, Bürgerstraße 17, Frauenversammlung, Lichtbildvortrag „Mädchen“, Dittke 44 und 54, Sonntag 15 Uhr im Hotel Jappe, Schwandauerplatz, Schwestern Genossen K u n e r t, W. d. L.

Sozialistische Studentenschaft. Fahrt nach Wien zum roten Tag: Abfahrt 15 Uhr und 20,30 Uhr, am Gewerkschaftshaus, Fahrtkosten 70 Pl., Unterkunft und Verpflegung Privatquartieren, Unbegleitete Anmeldung bis spätestens Freitag vormittag bei Genossen K o s t a m, Guelienaustraße 3.

Junge Front. Wir beteiligen uns an dem Treffen der J.F. in Bries, Freitag, 20. September, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Fahrtkosten 70 Pl., Unterkunft und Verpflegung Privatquartieren, Unbegleitete Anmeldung bis spätestens Freitag vormittag bei Genossen K o s t a m, Guelienaustraße 3.

Sprechstunde Junge Front und S.F. trifft sich heute abend zur Probe im Gewerkschaftshaus.

Sozialistische Arbeiterjugend. An alle Mitglieder! Freitag 20 Uhr, Friedrich-Wilhelm-Str. 17, Frauenversammlung, Mitgliedsbücher als Ausweis mitbringen. Punktschulung heute 20 Uhr bei m 5 und 6 Klubmitgliedern, bereits eine Stunde früher. 5-12 und 7 heute 20 Uhr in der Baracke.

Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Fürsorger und Fürsorgerinnen. Hierdurch laden wir alle sozialdemokratischen Fürsorger und Fürsorgerinnen sowie alle in der Wohlfahrt- und Jugendpflege ehrenamtlich tätigen Frauen und Genossinnen zu unserer Sitzung am Freitag, 24. September, 10 Uhr im Büro der Arbeiterwohlfahrt, Fürststraße 4, ein.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Jungbanner. Alle Kameraden, die sich an der Autosahrt der Jungen nach Bries beteiligen wollen, melden sich bis Freitag vormittag im Gewerkschaftshaus, Gartenhaus Zimmer 174, Abfahrt Sonnabend 10 Uhr nach Bries. Gewerkschaftshaus, Gartenhaus 70 Pl. Verpflegung und Jungbanner (Eiert). Heute 20 Uhr bei Kamerad, Brigittenau, und Gruppenführer. Jungbanner (Eiert). Heute 19,45 Uhr Anreden aller Kameraden, Stahlfabrikanten in der Arbeiterwohlfahrt, in Bries. Spieltheater-Anfängerkursus, heute 19,30 Uhr Reichshalle.

Verbandsleiter. Betriebsrat für Metallbau. Gute Lichtbildvortrag im Gewerkschaftshaus, Frauenabteilung im Wandel der Zeiten.

Stellung, Arbeitsstelle. Die Meldezeiten in den Vermittlungsstellen werden, wie uns das Arbeitsamt Breslau mitteilt, vom 1. Oktober 1932 ab neu geregelt.

Es hat sich in Zukunft jeder Arbeitslose an einem bestimmten Tage im Monat in seiner zuständigen Vermittlungsstelle zu melden. Die Meldung in den Zentralstellen — einmal in jeder Woche — bleibt außerdem bestehen.

Die neuen Meldezeiten und -tage werden in den Räumen und in den Zentralmeldestellen durch Aushang bekannt gemacht, außerdem erhält jeder Arbeitslose einen Handzettel, dem sein Meldezeit und seine Meldezeit klar ersichtlich ist.

Es liegt im Interesse aller Arbeitslosen, die sich melden, genau innezuhalten, da Unpünktlichkeit oder Verlassen der Vermittlungsstelle die Unterstützung bringen kann.

Zur Vermeidung unnötigen Andranges ist die Zeit für die Anmeldung von Arbeitslosen in allen Vermittlungsstellen von 10½-12½ Uhr festgelegt worden.

Vorsicht beim Drachensteigenlassen in der Nähe elektrischer Starkstromleitungen

Es wird gewarnt, Papierdrachen im Gefahrenbereich elektrischer Leitungen steigen zu lassen. Dadurch, daß Drachen in den Hochspannungsleitungen verfangen, sind mehr erhebliche Schäden an den Leitungen entstanden, ganze Strecken wurden von der Stromzuführung abgeschnitten und Fabriken gelegt.

Auch besteht Gefahr für den Führer des Drachens. Eltern und Erzieher werden ersucht, auf ihre Kinder Schutzbefehle im Sinne dieser Warnung einzuwirken, da für den angerichteten Schaden unter Umständen zu haften ist.

Verwickelt sich aber ein Drache in einer Leitung, so ist Ziehen an der Schnur nicht allein mit Rücksicht auf die Gefahr, sondern auch mit Rücksicht auf eine Beschädigung der Leitung selbst unbedingt zu vermeiden. Es muß das zündende Elektrizitätswort auf dem schnellsten Wege benachrichtigt werden, damit der Drache bei ausgeschalteter Leitung entfernt wird.

Was können die Klaffler uns heutigen jungen Menschen noch geben?

Eine Antwort auf diese Frage zu finden, hatte der „Jugendbund für neue Erziehung“ zu einer Aussprache im „Jugendklub“ laden. Herr Hans Fingerhut beleuchtete als Jugendlicher Problem, und die rege Aussprache mit ihrem für und wider die seinen Ausführungen folgte, dürfte den Beweis erbracht haben, daß auch die heutige Jugend kampflös um diese Zeit herumkommt, und daß in manchem der Klaffler um die Jugend noch mehr zu sagen hat, als sich alle Schulweis träumen läßt.

Eine ein für allemal gültige Antwort zu geben, ist für den Redner aus, sei weder möglich noch überhaupt wünschenswert. Unmöglich schon allein darum weil die Polarität der Faktoren erhaltungszeitgebunden ein natürliches Spannungsfeld zeugen muß. Und doch führen von jenen zu diesen vielfältige geistige Brücken, die der Leidenschaftlichkeit des Großen, Glaubens und der Erlebnisbereitschaft. Diese Ewigkeitswerte Jugend lebendig zu erhalten, sie unter dem Schutze einer dem Existenzkampf gewidmeten Lebensgestaltung wieder heranzuführen, sei umso notwendiger, weil der Klaffler künstlichen Bedingungen — seien diese politischer, religiöser oder sonstiger Natur — nur soweit ein Recht auf Bildung einräumt, als sie der Jugend zur Persönlichkeitsbildung dienlich zu machen sind. Diese bittliche Wahrheit zu sich selbst, unbeengt durch abgeforderte und allein gebunden an eine aus tiefer Innerlichkeit erwachsene Sprache, sei um so weniger zu entbehren, als sie erstens an sich und anderen voraussetzt und leeren Ausweichten sach nicht vertritt. So gesehen sind unsere Klaffler heute ehedem die Erzieher des Menschengeistes.

Gewiß — auch der Teil der Jugend, der die Klaffler schafflich ablehnt, und selbst der, dem sie nichts mehr zu sagen können, lehnen ihr Ziel keinesfalls ab. Doch mögen auch Wege zu reinem und vollstem Menschentum verschiedenartig sich kreuzend und gegeneinander laufend sein, und mag man den Wert des Wegereiters leugnen oder glorifizieren, das Glück der Erzieher für den einzelnen und für die Gemeinschaft ist und wird sein die Persönlichkeit.

Berücksichtigt beim Einkauf unsere Inserent...

Die der Wahnsinn umnachtet . . .

1900 Geistes- und Nervenranke in 37 schlesischen Anstalten

Für den Laien ist mit dem Begriff der Geisteskrankheit, des Kranksinns oder Wahnsinns, oder wie man sagen mag, meist die Vorstellung, das auch äußerlich Grauensvolles und Gefährliches verbunden, da naturgemäß klare Vorstellungen über die Art und die Auswirkungen geistiger Erkrankungen fehlen. So betrachtet der Laie eine Irrenanstalt, die er ja meist nur von außen kennt, nur mit misleidvollem Grauen und sehr Entsetzen wachst, wenn zufällig aus den vergitterten Fenstern durchdringende hoffnungslose Schreie dringen. Hat der Nichtfachmann aber einmal Gelegenheit, eine meist einen großen Gebäudekomplex umfassende Irrenanstalt zu betreten, so ist er überrast. Die gefährlichen Kranken, die an den Gittern ihrer Fenster rütteln, die toben und brüllen und in besondern Sicherheitszellen untergebracht werden müssen, sind verhältnismäßig selten. Die meisten Kranken leben ruhig und stumpf dahin. Oft verrät nur ein merkwürdiger Zug im Gesicht, eine ungewöhnliche Haltung dem Laien, daß er es mit einem bedauernswerten Geisteskranken zu tun hat, bei dem das Verhältnis zur Wirklichkeit in irgend einer Form verschoben ist, sei es, daß er im Größenwahn sich als irgend ein Herrscher fühlt, sei es, daß er im Verfolgungswahn in immer neuen Abständen zusammenstürzt. Sei es, daß er in der Paralyse dumpf dahindröhrt.

Und doch ist ein solcher Gang durch eine Irrenanstalt ein ergreifendes Erlebnis, trifft man doch neben dem ausgesprochenen Idioten geistig hochstehende Menschen, die an die nahe Verwandtschaft zwischen Genie und Irren erinnern.

Erstatternd ist die Feststellung, daß, wie in ganz Preußen, so auch in Schlesien

die Geisteskrankheiten in den letzten Jahren ständig zugenommen haben. Zählte man 1913 in Preußen 154 219 in Irren- und Nervenheilanstalten behandelte Kranke, so liegt diese Zahl im Jahre 1926 auf 157 183, 1927 auf 168 371, 1928 auf 180 581, 1929 auf 191 738 und 1930 auf 194 509 Kranke. Die mannigfachen Ursachen dieser Zunahme hier zu erörtern, würde zu weit führen.

In Schlesien gibt es nach der neuesten amtlichen Statistik 37 Irren- und Nervenheilanstalten mit 11 950 Betten (einschließlich der Abteilungen für Geistesranke uim. in allgemeinen Heilanstalten, aber ausschließl. der Privatankalten mit zehn und weniger Betten). Hierunter entfallen 29 Anstalten mit 8682 Betten auf Niederschlesien, 8 Anstalten mit 3268 Betten auf Oberschlesien. In den schlesischen Anstalten wurden im letzten durch die neueste Statistik erfaßten Jahre 1930

18 957 Kranke behandelt,

darunter 15 149 in Nieder- und 3808 in Oberschlesien. Die Zahl der Verpflegungstage betrug 3 673 433 (Nieder- und Oberschlesien 1,05 Millionen). Im Vorjahr waren in Schlesien in 36 Anstalten mit 11 440 Betten 19 307 Kranke bei 3,64 Millionen Verpflegungstagen betreut. Es ist also ein kleiner Rückgang der Krankenzahl bei Zunahme der Verpflegungstage und der Bettenzahl festzustellen.

Die ärztliche und pflegerische Betreuung der Kranken ist in den schlesischen Anstalten allgemein vorzüglich. Auch die Einrichtung der schlesischen Irren- und Nervenheilanstalten entspricht fast durchweg den Forderungen, welche die moderne Psychiatrie stellt.

Wenn man die Art der Erkrankungen untersucht, so ergibt sich, daß es sich bei etwa 10 Prozent aller Fälle um sogenannte einfache Seelenstörungen handelt. Es folgen dann Imbecillität, Idiotie und Krebismus mit etwa 20 Prozent, Epilepsie mit und ohne Seelenstörungen mit rund 10 Prozent, Alkoholismus mit über 5 Prozent, paralytische Seelenstörungen mit rund 5 Prozent, Neurosen und Hypertie mit etwa je 4 Prozent. Den Rest bilden andere Krankheiten des Nervensystems. Dr. Herbert Schaab.

Bürgermeister- und Stadtverordnetenkonferenz des Mittelschlesischen Städtetages

Zur 56. Konferenz der Bürgermeister und Stadtverordnetenvorsteher des Mittelschlesischen Städtetages hatten sich etwa 60 Städtevertreter im Breslauer Rathaus zusammengefunden.

Zu Beginn der Sitzung widmete der Vorsitzende, Bürgermeister Dr. Groß-Kühnertberg, dem am 1. Oktober aus dem Amte scheidenden ältesten Bürgermeister Mittelschlesiens, Bürgermeister Geisler-Habelschwert, herzlichste Abschiedsworte.

Der Beigeordnete des Reichsstädtebundes, Dr. Kattenberg-Berlin, sprach sodann über die allgemeine Lage der Kommunen in verwaltungsrechtlicher und finanzieller Beziehung. Insbesondere ging er ein auf die Verordnung über die neue Abgrenzung der Kreise, von der Niederschlesien besonders schwer betroffen sei, auf die Unterstellung der freisangehörigen Städte unter 10 000 Einwohner unter die Kommunalverwaltung des Vorsitzenden des Kreisaußenbüros bzw. des Kreisaußenbüros, gegen die schwerwiegende Bedenken geltend zu machen seien, auf die Möglichkeit der Wahl ehrenamtlicher Bürgermeister in Städten unter 3000 Einwohnern, ferner auf die katastrophalen Rückgänge der Steuereinnahmen und die ungeheure Steigerung der Wohlfahrtslasten, die an den mitleidigen Finanzverhältnissen der Städte allein schuld seien. Die bisher von der Regierung getroffenen Maßnahmen zur Behebung der Finanznot der Städte seien zum Teil verfehlt, zum Teil veripäet. Eine kleinliche Ausgabenbeschränkung schaffe sicher keine Abhilfe, sei aber geeignet, die Wirtschaft zu schädigen und unnötige Verzögerung hervorzuufen.

Der Verbandsvorsitzer des Niederschlesischen Sparkassenverbandes, Stadtrat Prieser, Breslau, erörterte den Unterschied zwischen der neuen Sparkassenverordnung gegenüber dem bisherigen Recht. Er ging vor allem auf die Verleihung der Rechtsfähigkeit an die Sparkassen, auf die Änderung in der Zusammenfassung des Sparkassenverbandes, auf die Beamtenverhältnisse, auf die Erweiterung der Befugnisse des Vorsitzenden, des Vorstandes und die neuen Liquiditäts- und Kreditvorschriften ein.

Erster Bürgermeister a. D. Hohenhausen vom Schlesischen Städtetag sowie der Vorsitzende schritten einige aktuelle kommunale Fragen an: u. a. Schulfragen, Zweifel bei der Verwaltung der Schlaafstener und die Voraussetzungen für die Behebung der Obdachlosigkeit sowohl als polizeilichen Notstandes wie als Folge fürorgerechtl. Hilfsbedürftigkeit. — Von einigen Stadtverordnetenvorstehern wurde der Wunsch geäußert, die Konferenzen in kürzerer Zeitfolge als bisher abzuhalten.

Eine Baude am Geiersberg

Zwischen Jodtenberg und Geiersberg hat der Gasthausbesitzer Diederichs aus Lampadel eine Baude erbaut. Sie liegt unmittelbar an der Poststraße, die Rabten mit Schneidnitz bzw. Reichenbach verbindet. Von Jodten aus kann man sie als Fußgänger in 2½ Stunde erreichen. Auch ist eine regelmäßige Verbindung durch den Postkraftwagen gegeben.

Bergarbeiter tödlich verunglückt

Im Betriebe des Julius-Schächtes in Waldenburg verunglückte der Kohlarbeiter Gustav Böer aus Weiskirchen, indem er bei der Kohlverladung zu Fall kam und von einem Eisenbahnwaggon überfahren wurde. Der Tod trat auf der Stelle ein. B. ist 47 Jahre alt, verheiratet und Vater von zwei Kindern.

Neue Verurteilungen in Beuthen

Das Beuthener Sondergericht verhandelte am Mittwoch normittag gegen sieben Kommunisten aus Mieschowitz, bei denen in den Tagen vor der letzten Reichstagswahl gelegentlich einer Hausdurchsuchung eine größere Anzahl von Waffen sowie Dynamitpatronen, Sprengkörpern und fertiggestellten Behältnissen zur Anfertigung von Bomben gefunden worden war. Der Hauptangeklagte, der aus Oesterfeld stammende Grubenarbeiter Jakob Mier, wurde zu fünf Jahren in einem Monat Zuchthaus verurteilt. Zwei Angeklagte wurden freigesprochen. Drei Angeklagte erhielten Gefängnisstrafen von zwei bis vier Monaten, gegen einen Angeklagten wurde das Verfahren abgetrennt. Der Staatsanwalt hatte insgesamt 29 Jahre Zuchthaus und drei Jahre drei Monate Gefängnis beantragt.

Opfer der Arbeit

Schwerer Unglücksfall in einem Notschacht

In einem von Arbeitslosen angelegten Notschacht bei Schoppinich ereignete sich ein schwerer Unglücksfall. Ein 17-jähriger Arbeitsloser stürzte in den etwa 10 Meter tiefen Schacht und blieb dort mit gebrochenem Genick tot liegen. Als er im Augenblick des Sturzes noch gellende Hilferufe ausstieß, eilte ihm ein anderer 50-jähriger Arbeitsloser Bergmann zu Hilfe. Raum war dieser in den Schacht gestiegen, brach er bewußtlos zusammen. Er konnte nur noch als Leiche geborgen werden. Aus der Erde dringende giftige Gase hatten seinem Leben ein Ende bereitet. Beide Leichen wurden von der Polizei beschlagnahmt.

Brandstiftung aus Rache

Sich selbst erhängt

In Kottlischowitz bei Loß brannte die Scheune des Landwirts Mainka mit sämtlichen Erntevorräten nieder. Als die Feuerwehreinheit das Scheunentor öffnete, sahen sie an einem Balken an einer Kette über der Türe den bei dem Besitzer der Scheune beschäftigten 18-jährigen Hülfejungen Mocha hängen. Er, der mit dem Besitzer vermandet ist, hatte aus Rache die Scheune angezündet und sich in dieser erhängt. Der Flammen wegen konnten die Feuerwehreinheit an die Leiche des jungen Selbstmörders nicht herankommen; sie fiel erst zusammen mit dem Tragbalken herab.

Schwere Zusammenstöße zwischen Arbeitslosen und Polizei in Ost-Oberschlesien

In Andlau im Kreise Rybnik kam es gestern mittag zwischen Polizei und Arbeitslosen zu schweren Zusammenstößen. Mehrere hundert Erwerbslose hatten sich vor dem Gemeindeamt versammelt und verlangten unter Drohungen eine Erhöhung der Unterstützungssätze. Da die Stimmung der Menge immer aufgeregter wurde und die Arbeitslosen Anstalten machten, mit Steinen gegen das Gebäude vorzugehen, wurde ein starkes Polizeiaufgebot zu Hilfe gerufen, das unter Anwendung des Gummiknüppels den Platz vor dem Gemeindeamt und die anliegenden Straßen räumte. Dabei erlitten mehrere Demonstranten schwere Verletzungen. Drei von ihnen wurden verhaftet und ins Rybniker Gefängnis eingeliefert.

Durch Gesteinsmassen verchüttet

Kattowitz. Auf dem Jacel-Schacht bei Königshütte wurden am Montag zwei Bergleute durch einstürzende Gesteinsmassen verchüttet. Der Bergmann Josef Kubiza konnte nur noch als Leiche geborgen werden. Der andere erlitt schwere Verletzungen.

Frankenstein. 224 Fuhrer Weizen verbrannt. Durch Brandstiftung gingen auf der Feldmark Löwenstein zwei große Getreidefelder des Rittergutsbesitzers Schütze-Löwenstein in Flammen auf. Es sind 224 Fuhrer Winter- und Sommerweizen, die gesamte Ernte von neunzig Morgen Acker, dem Brande zum Opfer gefallen. Der Schaden wird auf mindestens 8000 Mark geschätzt. Allem Anschein nach haben Getreideiebe die Feuer verurteilt.

Sagan. Auf der Landstraße tot aufgefunden. Auf der Landstraße bei Obisch wurde ein Landwirt tot aufgefunden. Sein Gesicht wies starke Verletzungen auf. Wie festgestellt wurde, liegt ein Unfall vor. Die näheren Umstände sind noch nicht geklärt, man vermutet, daß der Landwirt einen Schlaganfall erlitt und dabei mit dem Gesicht auf die Straße stürzte.

Sagan. Fünffamilienhaus durch Blitzschlag eingestürzt. Bei einem über dem Kreis Sagan niedergegangenen Gewitter schlug ein Blitz in das Arbeiterwohnhaus des Rittergutes Jettau ein, in dem fünf Familien wohnen. Das Haus brannte vollständig nieder, zumal die herbeigeilten Feuerwehren wegen Wassermangels nicht viel unternehmen konnten. Es konnte fast nichts gerettet werden. Die Arbeiterfamilien sind schwer betroffen, da nur eine von ihnen versichert war.

Katow. Am Kartoffelfeuer verbrannt. Im Stadteil Altdorf vergnügten sich einige Kinder mit dem Zuhören eines Kartoffelfeuers. Dabei kam das sechsjährige Töchterchen Luzie des Arbeiters Celska dem Feuer zu nahe. So daß die Kleider Feuer fingen. Mit sehr schweren Brandwunden mußte das Kind ins Krankenhaus geschafft werden, wo es der Tod von seinen Qualen erlöste.

Sozialdemokratische Partei

Unterbezirk Breslau-Land/Neumarkt/Nimptsch
Schriftführer: Margarete 2, Gumbiner Straße, Zimmer 17-17
Telefon 2624 2644
Sprechstunden: Dienstag, Mittwoch, Freitag von 9-15 u. 16-18 Uhr

Herrmannsdorf. Donnerstag, 22. September, 19.30 Uhr, bei Gasde, Mitgliederversammlung. Redner: Genosse Schiffer.

Proß-Katze. Freitag, 23. September, 20 Uhr, im Lokal Schneider, Mitgliederversammlung. Redner: Genosse Schiffer.

Wülzen. Samstag, den 24. September 1931, in einer Mitgliederversammlung Genosse Schiffer, 19 Uhr, im Lokal Hoffa. Genossen sind vollständig zur Stelle.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Breslau-Land/Neumarkt
Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Ortsverein Neumarkt, Sonntag, Sonnabend, abends 8 Uhr, im Vereinslokal, Gela: Löwe. Ingeratenlich wichtige Mitgliederversammlung. Sämtliche Kameraden — Schufe, Stafs und Spelleute haben zu erscheinen.

Breslauer Produktionsliste vom 31. September 1932

Amliche Notierungen der Breslauer Produktionsliste vom 21. Septbr. 1932. An der Stelle im Großhandel gehaltene Preise für volle Wagenladungen (Wagenladungen in Mengen) nicht für Mehl unter 5000 Kilogramm und nicht für volle Wagenladungen in Reichsmark, bei sofortiger Bezahlung. Nur für Kartoffeln gilt der Erzeugerpreis.

Tägliche Amliche Notierungen.	
	in 1000 kg = 1 Tonne
Weizen, Roggen, Hafer und Gerste	100 kg
Dinkel, Hartweizen, Futtermittel, Mehl	100 kg
Sämereien	50 kg
Kartoffeln Rohschluff	50 kg ab Erzeugerstation

Getreide	21. 9.	20. 9.
Weizen (schlesischer) neuer Ernte		
Bestkollergewicht von 76,0 kg Durchschn. Qual., gesund und trocken	210.00	210.00
Bestkollergewicht von 74,0 kg gut, gesund und trocken	208.00	208.00
Bestkollergewicht von 69,0 kg trocken, für Mälzereizwecke verwendbar	183.00	183.00
Sommerweizen, hart, alt, 80 kg	—	—
Roggen (schlesischer) neuer Ernte		
Bestkollergewicht von 71,0 kg Durchschn. Qual., gesund u. trocken	160.00	160.00
Bestkollergewicht von 69,0 kg gut, gesund und trocken	156.00	156.00
Bestkollergewicht von 69,0 kg trocken, für Mälzereizwecke verwendbar	156.00	156.00
Hafer, mittlere Art und Güte	132.00	132.00
Staugetreide, beste	195.00	195.00
gute	180.00	180.00
Sommergerste, mittlere Art und Güte	160.00	160.00
Wintergerste 61-62 kg	160.00	160.00

Industriegetreide, 65 kg, 168 Tonnend: Roggk. Amliche Notierungen für Mälzereizwecke

Rogk.	21. 9.	20. 9.	Ausgabemehl	21. 9.	20. 9.
Weizenmehl (70%)	28.75	28.75		34.75	34.75
Roggenmehl (70%)	24.00	24.10			
Roggenmehl 85%iges 1 RM., 60%iges 2 RM. teurer.					

Amtlicher Bericht des Breslauer Schlachtviehmarktes

Hauptmarkt am 21. September 1932
Der Auftrieb betrug 928 Rinder, 906 Kälber, 617 Schafe, 3175 Schweine. Ueberhand vom vorigen Markte waren 18 Rinder, — Kälber, — Schafe, 22 Schweine. Schlachtauftrieb 946 Rinder, 906 Kälber, 617 Schafe, 3175 Schweine.

I. Rinder		916 Stück	Es wurden geschlachtet für 50 Kilogramm Lebendgewicht:
A. Ochsen:			
a) vollfleischige, ausgewählte höchsten Schlachtwerts		25	—
b) sonst vollfleischige L. längere			—
c) mittlere			—
d) gering geschlachtet			—
B. Kühe:			
a) längere, vollfleischige, höchsten Schlachtwerts		500	26
b) sonstige vollfleischige ober ausgewählte			23-29
c) mittlere			10-16
d) gering geschlachtet			—
C. Kalber:			
a) längere, vollfleischige, höchsten Schlachtwerts		206	28-28
b) sonstige vollfleischige ober ausgewählte			19-20
c) mittlere			12-14
d) gering geschlachtet			7-10
D. Schafe (Krainen):			
a) vollfleischige, ausgewählte höchsten Schlachtwerts		107	27-28
b) vollfleischige			21-23
c) mittlere			10-15
E. Ferkel:			
a) Ferkel geschlachtet Jungschweine		18	—

II. Kälber		906 Stück
a) Doppelter oder dritter Wurf		—
b) ohne Wurf und Saugkälber		87-88
c) mittlere Kälber und Saugkälber		81-88
d) geringere Kälber		25-27

III. Schafe		617 Stück
a) Vollschaf und junger Wollschaf: L. Weibschaf		—
b) Vollschaf und junger Wollschaf: L. Weibschaf		84-85
c) Vollschaf		27-28
d) geringere Schafschaf		15-22

IV. Schweine		3175 Stück
a) Ferkel		—
b) vollfleischige Schweine von ca. 240-300 Gb. Lebendgew.		42-43
c) vollfleischige		39-42
d) mittlere		37-39
e) geringere		35-37
f) Sauen und Eber		38-42

Die Preise und Marktpreise für nächsten gewogene Tiere und schlachten sämtliche Spezies des Handels ab Ernt für Groß-, Markt- und Verkaufstiere, umsatzsteuer, sowie den unrichtigen Gewichtserwerb ein, müssen sich also wesentlich über die Marktpreise erheben.

Bemerktes

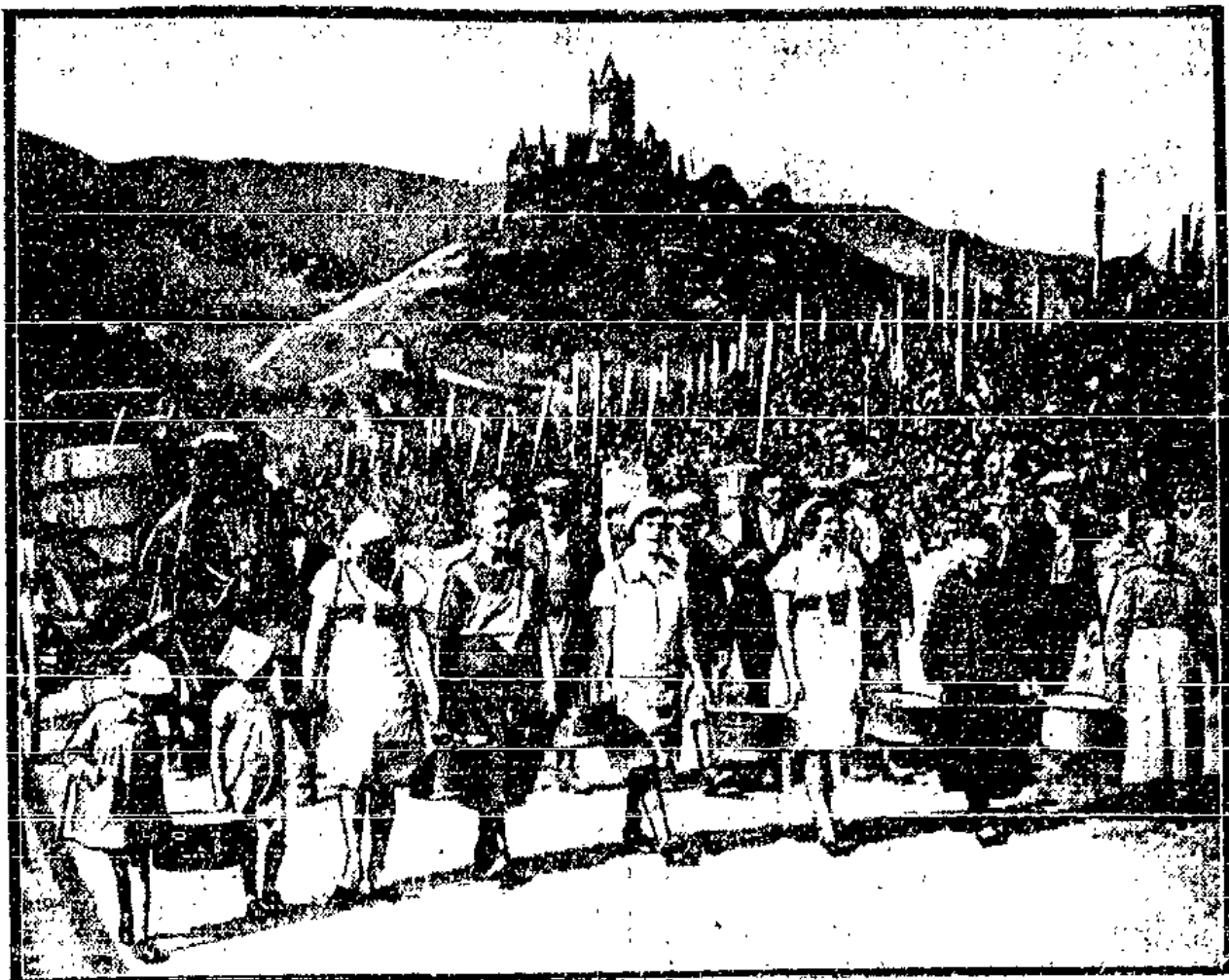
Nazis als Devilschieber

In München sind drei Devilschieber verhaftet worden, dazu ein Kriminalkommissar, der ihnen Beihilfe geleistet hatte. Sie hatten wöchentlich Beträge von durchschnittlich 180 000 Mark in die Schweiz verschoben. An der Spitze dieser lauberen Kumpane steht der Hotelier Haufer, der bis vor kurzem noch Besitzer des Hotels „Reichsadler“ war, dessen 250 Zimmer seit etwa vier Monaten von der Reichsleitung der Hitler-Partei für den Jahresbetrag von 200 000 Mark gemietet worden sind. Haufer war immer schon ein Liebling der hiesigen Nazileitung und früher auch einmal Kantinenwirt im Braunen Haus. Auch der verhaftete Kriminalkommissar Paulus ist ein früherer Hitlermann und aus irgendwelchen Gründen ein Höriger des Hoteliers Haufer. Paulus ist im gleichen Büro mit dem Kriminalbeamten, der die Erhebungen in der Devilschiebung zu machen hatte, so daß es ihm nicht schwer fiel, die Akten einzusehen und den Inhalt seinem Freunde Haufer mitzuteilen. Außerdem war er in demselben Untersuchungsgefängnis, in dem der Justizier Altman lag, der die Devilschen jeweils in die Schweiz brachte und als erster verhaftet worden war. Er verführte diesen Altman in der Sprezelle der Gefangenen und erzählte dann alles, was er erfahren hatte, dem damals noch nicht verhafteten Haufer, dem es auf diese Weise gelang, seine Helfershelfer zu instruieren.

Devils im Schlafabteil

Der Wiener Polizei gelang die Aufdeckung einer riesigen Schmugglerorganisation. Ihren Mitgliedern war es durch Befragung mehrerer Schlafwagenschaffner gelungen, Devilsbeträge bis zu zwei Millionen Schilling auf einmal über die Grenze zu schmuggeln. Das Haupt der Schmugglerorganisation war ein Mann namens Jucker. Die Verbindungsleute zwischen ihm und den Schlafwagenschaffnern waren Studenten, die für lächerlich geringe Beträge den Schlafwagenschaffnern jeweils die über die Grenze zu schaffenden Millionenbeträge übergeben. Die Schaffner hoben die Gelder den ahnungslosen Mitreisenden zwischen die Kartagen. Nicht weniger originell sind andere jetzt aufgedeckte Methoden des österreichischen Devilschmuggels. Ein Eierschmuggler benutzte zum Devilschmuggel nach Italien ausgedehnte Eier. Die geschickte Frau eines Wiener Rechtsanwalts hatte sich einen italienischen Süßfruchthändler gegenüber bereit erklärt, in einem Koffer mit doppeltem Boden 17 000 Schilling nach Italien zu schmuggeln. Frau Rechtsanwalts hatte aber doch unterwegs wurde der Koffer gestohlen, und der Wiener Apfelsinenkaufmann ermittelte Betrugsanzeige.

Erntegang 1932 wird heimgeholt



Ufern des Mittelrheins, der Mosel und der Nahe hat die Ernte der ausgereiften Trauben begonnen. Die ganze

Familie — Mann, Frau und Kind — holt die goldenen Trauben von den Stöcken und bringt sie zu den Traubenmühlen.

Mordsturm 33

Wichtiges aus dem Berliner Totschlagsprozess — Hillers „Kameraden“ sagen aus... Ein Täter unter den Zeugen?

Zu der Berliner Sondergerichtsverhandlung, die Anfang August über die Schießerei in der Königsstraße am 29. August, sind ungefähr 100 Zeugen geladen. In der ersten Sitzung am 29. August, die der erschossene SA-Mann Gattschewski seine SA-Kameraden, die verurteilt wurden, das Opfer der Schießerei gewesen sind. Gegen diese Annahme die Feststellungen des ersten Verhandlungstages: der einschlägigen wurden nur in den den SA-Versteckungen in der Nähe der Königsstraße, zwei Pistolen jedoch keine des SA-Hauses gefunden.

Die Mitglieder des Sturms 33 traten in Zivil auf, verneinend ihre Herkunft durch Annahme und schlechte Kleidung, die der Vorherrschaft zuweisen rügte. Sturm 33 scheint etwa das gleiche Korps zu spielen wie in der alten Garde du Corps; es ist wohl eine besondere hier Mitglied sein zu dürfen. So etwas muß ja auch „Kameraden“ imponieren; Sturm 33 hat, wie bereits nachgewiesen und zum Teil geahndet wurde, Mord-Totschlag in der Sturmgeschichte stehen. Doch wichtig ist der Mord-Preis, es ist fast rührend, zu sehen, wie jetzt vor Gericht schuldig einer vor den anderen und die Wahrheit stellt; wie sie alle ihre Aussagen vorher einander übereinstimmend haben; wie sie gemeinsam die Unrichtigkeit der polizeilichen Protokolle behaupten...

Die SA-Leute waren erst kurz vor der Schießerei in ihr Hotel gekommen. Sie hatten vorher gemeinsam an einer großen Versammlung teilgenommen. Der SA-Mann Wolberg trennte sich schon vor dem Verkehrslokal von seinen Kameraden. Verteidiger: „Herr Zeuge, haben Sie gehört, daß SA-Mann Kwieckowski kurz vor der Schießerei rief: „Rausch!“ Zeuge: „Natürlich.“ Verteidiger: „Wieso ist das?“ Zeuge: „Nur ich antwortete.“ Vorherrscher: „Ja.“ Zeuge: „Weil die andern wohl schon gewußt haben, was los ist.“ Vorherrscher: „Nur ich antwortete.“ Verteidiger: „Ich bin eben nicht ängstlich.“ Zeuge: „Ich bin eben nicht ängstlich.“ Zeuge: „Sind SA-Leute sind überhaupt nicht ängstlich.“ Zeuge: „Sind Sie nicht.“

Der SA-Mann Kwieckowski, der bei dem Zusammenstoß zwei Schenkelkugeln bekam, behauptete trotz aller mahnenden Worte der Verteidigung, daß er in dem anrückenden Schützenzug von 20 bis 25 Kommunisten die Angeklagten seine Schalle mit der Pistole in der Hand gesehen hat; er will auch trotz der Dunkelheit erkannt haben, daß sie geschossen hat. Der Zeuge kannte die Beschuldigten nicht. Die Wiedererkennung erfolgte auf der Polizei Grund von Photographien.

SA-Mann Grotz: „Wir sahen auf dem Weg zum Verkehrslokal verdächtige Gestalten.“ Verteidiger: „Wieso verdächtig?“ Zeuge: „Sie haben auf Bänken gesessen und uns angesehen.“ Verteidiger: „Woher wußten Sie, daß es Kommunisten sind?“ Zeuge: „Ich vermutete das.“ Verteidiger: „Es gibt doch außer Kommunisten noch andere.“ Zeuge: „Nur Kommunisten.“ Zeuge: „Nur Kommunisten.“ Zeuge: „Nur Kommunisten.“ Zeuge: „Nur Kommunisten.“ Zeuge: „Nur Kommunisten.“

„Mit Ihren Winkeln kann ich nicht mit.“ Verteidiger: „Herr Vorherrscher, wollen Sie mich bitte diese Ausdrucksweise schärfen?“ Vorherrscher: „Ich sehe keine Veranlassung. Der Zeuge versteht unter Winkeln eben Ausdrücke, die er nicht versteht.“

SA-Mann Erdmann hat vor der Polizei ausgesagt, daß vor dem Zusammenstoß vier Mann von seinem Sturm vor dem Lokal Wache standen. Vor Gericht erklärt er: „Da habe ich mich getrennt. Es fanden keine Posten draußen.“

SA-Mann Domina: „Ich war dabei, aber ich bin erst nach dem Zusammenstoß in den Sturm 33 als Mitglied eingetreten. Vorher war ich im Sturm 33. Verteidiger: „War Ihr Bruder nicht Mitglied des Sturms 33 und ist wegen Teilnahme an einer Schießerei rechtskräftig verurteilt worden?“ Zeuge: „Ja.“ Vorherrscher: „Haben die Kommunisten Waffen gehabt?“ Zeuge: „Das weiß ich nicht.“ Vorherrscher: „Im Protokoll steht: Ich konnte hören, wie einer eine Waffe entscherte.“ Zeuge: „Ich hörte etwas knallen. Ob es eine Waffe war, weiß ich nicht.“ Verteidiger: „Sie führen nur auf dem Rade vorbei?“ Zeuge: „Ja, aber ich habe es trotzdem gehört.“ Verteidiger: „Ich denke, Sie haben keine Waffe.“ Zeuge: „Aber das Geräusch kenne ich.“ Verteidiger: „Woher denn?“ Zeuge: „Woher denn?“ Zeuge: „Das jagt ich nicht.“ Verteidiger: „Sie bleiben dabei, daß Sie noch nie dabei waren, wie eine Waffe entschert wurde und behaupten, das Geräusch nur vom Hörensagen zu kennen?“ Zeuge: „Ja.“ Angeklagter Krüger: „Es will mir vorkommen, als ob dieser Zeuge zwischen den Häusern der Königsstraße 2 und 3 gestanden und geschossen hat. Ich kenne ihn an der Kleidung wieder. Ich habe das auch auf der Polizei angegeben.“ Zeuge: „Ich bin es nicht gewesen.“ Vorherrscher: Landgerichtsdirektor Tolt: „Also der Zeuge sagt, er ist es nicht gewesen.“ Der Zeuge darf sich jeben...

Ein Altersdrama

Der 61 Jahre alte Oberregierungsrat Dr. Fuhr in Gauting bei München hat sich gestern erschossen. Gleichzeitig vergifteten sich durch Gas seine beiden Schwestern, die 71 Jahre alte Frau Luise und die 66jährige Frau Ling sowie deren 42 Jahre alte Tochter Else Ling. Wirtschaftliche Sorgen sollen Anlaß zu der Familientragödie gebildet haben. Die vier

König Dickerle und sein Söhnchen

Von G. Th. Kotman



Das Korbstück, viel leichter als Wasser, hoch pfeilschnell, wie ein Luftballon, hoch R. wurde schwindlig davon, so hoch ging es, und... stupp! da schwamm es auf der Oberfläche des Flusses. Aber nun weiter... Wie kam er ans Ufer?... Was näherte sich dahinter? Was es war, konnte er noch nicht erkennen, doch sein Herz klopfte vor Erwartung...



Näher und näher kam es... es war ein Schwan und es sah jemand darauf... Und das war... nein wirklich... es war Doktor Schnüffelnafe, mit einem großen Blumenkranz in der Hand! — „Es, es, sieh da!“ rief Dr. Schnüffelnafe aus. „Da ist ja unser Freund Bierewitt — hilf, Schwan! — ja, ja, wie kommt du denn hierhin?“ — „Von unten“, sagte Bierewitt und dann erzählte er alles, was geschehen war, und der Zigel setzte ihn vor sich auf den Schwan.

aus dem Leben Geschiedenen bewohnten eine der schönsten Villen an der Hindenburgkirche in Gauting. Wie es heißt, soll die Familie durch einen Bankier überfordert worden sein.

Gepanzertes Schmugglerauto nach heftiger Beschießung gestellt

Den Beamten des Zollkommissariats Straelen und Gelbern gelang es gestern nachmittag, ein gepanzertes Schmugglerauto mobil in der Nähe von Straelen zu stellen. Das Auto, ein alter Personenwagen, hatte zwischen Lingsfort und Walbed die Grenzposten passiert und wurde dort von Zollbeamten beschossen. Er überfuhr ein Nagelbrett und erlitt dadurch eine Reifenpanne; aber erst durch weitere Schüsse der Beamten, die einen zweiten Radreifen zum Platzen brachten, wurde der Führer zum Halten gezwungen. Während der Führer des Wagens entkommen konnte, wurde der Beifahrer, der schwere Schußverletzungen erlitten hatte, festgenommen. Bei der Besichtigung des Wagens ergab sich, daß der Führer mit ein Zentimeter dicken Panzerplatten nach außen hin geschützt war. An Schmugglerwaren förderte die Untersuchung mehrere Zentner Tabak und Kaffee zutage.

Zeppelin wieder in Friedrichshafen

Nach einer Rekordfahrt von 67 1/2 Stunden ist das Luftschiff „Graf Zeppelin“ von seiner Südamerikafahrt um 21.30 Uhr glatt in Friedrichshafen gelandet. An Bord befanden sich zehn Passagiere. Die Führung des Luftschiffes hatte Kapitän Lehmann inne.

Brautpaar durch ein Verkehrsunglück getötet

In Harburg-Wilhelmsburg ereignete sich ein schweres Verkehrsunfall, dem zwei Menschenleben zum Opfer fielen. Ein Harburger Brautpaar, das eine Radtour unternahm, wurde von einem Auto angefahren und von den Rädern gerissen. Bei dem Sturz erlitten die beiden jungen Leute schwere Schädelverletzungen, denen sie im Laufe der Nacht erlagen.

Unwetterkatastrophe

Südfrankreich, insbesondere die Gegend zwischen Nîmes und Montpellier wurde von einem furchtbaren Gemitter und wolkenbruchartigem Regen heimgesucht. Ein junges Mädchen ist vom Blitz erschlagen worden.

Die meisten Flüsse sind über die Ufer getreten, zahlreiche Straßen und Eisenbahnlinien unterbrochen. Gärten und Felder verwüstet. Ein Eisenbahntunnel ist infolge Bedeckens mit Schlamm verstopft, viele Telegraphen- und Telefonleitungen sind zerstört. Der durch das Unwetter angerichtete Schaden dürfte sich auf mehrere Millionen Franken beziffern.

Polnische Firma liefert durch Vermittlung eines Juden - Hakenkreuzabzeichen an Hitlerfirma

Ein tolles Stück nationalsozialistischer „Würde“ kommt uns aus Polen zu Ohren. Dort hat in Polen eine polnische Firma durch Vermittlung eines Juden namens Salomon für die Nazifirma Bauer in Danzig Hakenkreuzabzeichen hergestellt und geliefert. Wahrscheinlich stellen sich in Polen die Hakenkreuzabzeichen billiger als in Deutschland. Außerdem scheint die Einfuhr aus Polen für deutsche Waren keinen Zoll zu kosten. Wenn die Nationalsozialisten ein Geschäft machen können, dann ist ihnen gleich, mit wem und durch wen das geschieht. Man bedenke, der größte Feind der Nazis, ein Jude, vermittelt das Geschäft und der zweite größte Feind der Nazis, ein Pole, führt die Lieferung aus. Ist so etwas noch mit der vielgerühmten Parteiwürde in Einklang zu bringen? Bei den Nazis allemal, auch wenn sie das Maul gegen ihre „Feinde“ nicht voll genug nehmen können.

Täglich schreien die Nazis: „Kauft nur deutsche Waren!“ Jeder Deutsche täte schon recht, wenn er diese Mahnung befolgen würde. In erster Linie dürfte es dann keinen Menschen geben, der ein Hakenkreuzabzeichen kauft; denn damit würde er polnische Ware kaufen. So lange es aber noch Leute gibt, die mit einem Hakenkreuzabzeichen herumlaufen, so lange wird es noch polnische Firmen geben, die blendende Geschäfte machen.

Arbeitslosenunruhen in England

In Liverpool kam es am Mittwoch wieder, wie am Sonntag, zu Arbeitslosenunruhen. Ein Zug von 3000 Demonstranten geriet mit der Polizei in Konflikt. Während sich die Beamten mit Gummiknüppeln gegen die Demonstranten wandten, wurden aus den Fenstern umliegender Häuser Ziegelsteine geworfen. Sechs Arbeitslose wurden verletzt und in ein Hospital eingeliefert; zwölf Personen wurden verhaftet. Es werden weitere Unruhen befürchtet.

Ein chinesischer Admiral ermordet

Nach einer Meldung der Agentur Pacific aus Shanghai ist der chinesische Admiral Wu Wang Tsung, der die kartographische Abteilung im chinesischen Marineministerium leitete, von unbekanntem Tätern ermordet worden.



Das Korbstück, viel leichter als Wasser, hoch pfeilschnell, wie ein Luftballon, hoch R. wurde schwindlig davon, so hoch ging es, und... stupp! da schwamm es auf der Oberfläche des Flusses. Aber nun weiter... Wie kam er ans Ufer?... Was näherte sich dahinter? Was es war, konnte er noch nicht erkennen, doch sein Herz klopfte vor Erwartung...



Näher und näher kam es... es war ein Schwan und es sah jemand darauf... Und das war... nein wirklich... es war Doktor Schnüffelnafe, mit einem großen Blumenkranz in der Hand! — „Es, es, sieh da!“ rief Dr. Schnüffelnafe aus. „Da ist ja unser Freund Bierewitt — hilf, Schwan! — ja, ja, wie kommt du denn hierhin?“ — „Von unten“, sagte Bierewitt und dann erzählte er alles, was geschehen war, und der Zigel setzte ihn vor sich auf den Schwan.

Ausblick auf Genf

Deutschland gegen die Vierzigstundenwoche?

Was wird in Genf werden? Mit wenig Zuversicht und Hoffnung kann man diese Frage stellen. Traurig, aber wahr. In den modernen Industriestaaten haben mehr als 25 Millionen arbeitswillige Menschen keinen Arbeitsplatz. Sie hungern. Ein furchtbarer Winter ist im Anzug. Alle Welt hat Angst vor diesem Winter, und vor allem hat Deutschland Grund, viel Grund zu dieser Angst. Seine Regierung hat daher einen Versuch zur Beseitigung der Wirtschaft unternommen. Dieser Versuch kann aber nur gelingen, wenn in der Welt eine Besserung der Lage eintritt. Diese Besserung kann aber, abgesehen von der notwendigen Wiederkehr des Vertrauens, nur durch internationale Zusammenarbeit erreicht werden. Eine Möglichkeit zu solcher internationaler Zusammenarbeit für die Entlastung des Arbeitsmarktes liegt in einer internationalen Arbeitszeitverkürzung. Für diese soll die Tagung des Verwaltungsrates des Internationalen Arbeitsamtes, die am Mittwoch in Genf beginnt, den Weg frei machen.

Wird die Tagung Erfolg haben? Bestimmt nicht, wenn die deutsche Regierung wirklich in Genf eine Haltung einnehmen wird, wie sie in alarmierenden Meldungen bereits skizziert wird. So wird in christlichen Gewerkschaftsorganen verurteilt, die deutsche Regierung werde in Genf wahrscheinlich ein Übereinkommen, das eine generelle Einführung der Vierzigstundenwoche empfiehlt, ablehnen und die Forderung nach freiwilliger Arbeitszeitverkürzung unterstützen. Die deutschen Regierungsvorteiler würden dabei auf die jüngsten sozialpolitischen Maßnahmen in Deutschland hinweisen, die ohne zureichenden Zwang durch Anregung der eigenen Initiative der privaten Unternehmer eine freiwillige Einführung kürzerer Arbeitszeit fördern wollten.

Eine solche Haltung wäre gleichbedeutend mit einer grundsätzlichen Ablehnung Deutschlands von keiner in der internationalen Sozialpolitik bisher eingehaltener Linie. Der Verwaltungsrat ist doch auf die Initiative Italiens hin gerade zu dem Zweck einer systematischen internationalen Regelung der Arbeitszeitverkürzung einberufen worden. Der italienische Regierungsvorteiler der Micheli's betont in seinem Schreiben an den Verwaltungsrat ausdrücklich, daß die in den einzelnen Ländern bereits ergriffenen verschiedenen Maßnahmen zur Neuverteilung der vorhandenen Arbeitskräfte durch Arbeitszeitverkürzung keinen Erfolg hatten, weil diese Maßnahmen nicht systematisch genug durchgeführt worden seien. Eine Verringerung der Arbeitslosigkeit durch eine allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit sei nur auf dem Wege einer internationalen Vereinbarung möglich. Eben weil man bisher mit der freiwilligen Arbeitszeitverkürzung nicht weiter gekommen ist, soll ein internationales Übereinkommen für Arbeitszeitverkürzung geschaffen werden! Nicht die Forderung nach freiwilliger Arbeitszeitverkürzung, sondern die Forderung auf generelle Einführung der Vierzigstundenwoche steht in Genf zur Debatte. Vorgelegte internationale Arbeitszeitverkürzung — darin allein besteht der Sinn der italienischen Initiative. Freiwillige Arbeitszeitverkürzung ändert nichts an den ungleichartigen Wettbewerbsbedingungen; diese aber sollen ja gerade durch eine internationale Vereinbarung ausgeschaltet werden.

Ein Rückzug der deutschen Regierung auf freiwillige Arbeitszeitverkürzung wäre nichts anderes als Flucht vor der Genfer Aufgabe, ja eine Sabotage dieser Aufgabe. Mit einem Hinweis auf das Arbeitszeitverkürzungsexperiment, wie es die Rotverordnung vorsieht, kann die deutsche Regierung in Genf keinen Staat machen. Sie sollte es daher lieber bleiben lassen, mit einem solchen Hinweis Ausflüchte zu verschleiern. Die Arbeitszeitverkürzung der Rotverordnung ist ein mehr als problematisches Ding. Jedenfalls liegt noch nicht die Spur eines Beweises für einen Erfolg dieses Experimentes vor. Was soll also in Genf ein Hinweis auf dieses Experiment? In allen Ländern und gerade in Deutschland ist längst der Beweis dafür geliefert, daß mit einer Arbeitszeitverkürzung auf dem Weg der Freiwilligkeit praktisch nichts Durchgeführtes zu erzielen ist.

Wir trauen der deutschen Regierung allerhand zu. Dennoch möchten wir einstweilen noch nicht annehmen, daß sie den traurigen Mut besitzt, in Genf tatsächlich die Schaffung eines internationalen Übereinkommens über die Vierzigstundenwoche zu vereiteln. Wer die internationale Arbeitszeitverkürzung hintertreibt, begeht ein Verbrechen an den Arbeitslosen.

Verwaltungsratstagung in Genf

Fragen der internationalen Arbeitszeitverkürzung.
Genf, 21. September. (Eig. Draht.)

Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes trat am Mittwoch zu einer außerordentlichen Sitzung zusammen, um zu der Frage der internationalen Arbeitszeitverkürzung Stellung zu nehmen.

Die letzte Arbeitskonferenz hatte mit Mehrheit bereits die Einführung der 40-Stundenwoche in der Industrie als Mittel zur Herabminderung der Arbeitslosigkeit durch Aufteilung der noch vorhandenen Arbeit empfohlen. Mit der gleichen Begründung hat Italien diese außerordentliche Verwaltungsratstagung beantragt. Sein Vertreter der Micheli's legte am Mittwoch einen Entschließungsentwurf vor, der im wesentlichen auf den Vorschlägen Butlers, des Direktors des Internationalen Arbeitsamtes, beruht. Danach soll der Verwaltungsrat die Herabsetzung der Arbeitszeit während der nächsten Arbeitskonferenz erörtern und sofort in erster und zweiter Lesung zu den internationalen Konventionen kommen. Die technischen Probleme sollen noch in diesem Jahr in einem Komitee aus Unternehmern, Regierungsvorteilern und Arbeitervertretern geregelt werden. Das Ergebnis dieser Arbeit soll dem Verwaltungsrat in seiner Januar-Sitzung vorgelegt werden, der es der Weltwirtschaftskonferenz und den Regierungen als Grundlage für eventuelle Abkommen noch vor der nächsten Arbeitskonferenz überweisen soll. Endlich soll das gemischte Arbeitslosigkeitskomitee der Europa-Kommission so rasch als möglich einberufen werden, um zu den noch von Albert Thomas vorgelegten internationalen öffentlichen Arbeiten zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit endgültig Stellung zu nehmen.

Der deutsche Regierungsvorteiler Grießer, der französische Regierungsvorteiler, der italienische Arbeitgeber- und Bauernvertreter der Arbeitnehmergruppe lehnten sich für den Antrag ein. Die Unternehmergruppe schickte einen Sprecher gegen den Antrag vor mit der jeden Begründung, daß die Sache bereits dem Internationalen Arbeitsamt behandelt werde. Bei dem letzten Komitee nicht notwendig. Der französische Regierungsvorteiler legte am Mittwoch zum Schluß der Beratungen noch eine Entschließung vor, in der die Regierungen aufgefordert wurden, die bereits bestehenden Arbeitszeitkonventionen umgehend zu ratifizieren, also die Bedingungen der Konvention über den Achtstundentag, die über die Arbeitszeit im Handel und die über die Arbeitszeit im Kohlenbergbau. Die Beschlusssitzung ist für Donnerstag vorgezogen.

Wem wird die Hauszinssteuer gestundet?

Vom Zentralverband der Arbeitsinvaliden wird uns geschrieben:

Nachdem nunmehr die Ausführungsbestimmungen zu der Verordnung über die Neuregelung der Hauszinssteuer erlassen sind, dürften nachstehende Grundsätze für die künftige Stundung und Niedererschlagung der Hauszinssteuer in Anwendung kommen:

1. Für die Monate Juli bis September

Hierzu bezieht die Verordnung, daß den Mietwohnungsinshabern die für den Monat Juni 1932 (also nach den früheren Bestimmungen) gewährten Hauszinssteuererleichterungen auch für diese drei Monate weiter zu gewähren sind. Die Ausführungsbestimmungen lauten ähnlich; es heißt, daß die Steuerrückstände, die dadurch entstanden sind, daß hilfsbedürftige Mieter ihre Mieten im Juli, August und gegebenenfalls auch im September um die im Juni gewährte Mietererleichterung gekürzt haben, weil über ihre bei den Fürsorgeämtern gestellten Anträge noch nicht entschieden war, niederzuschlagen sind, wenn nicht besondere Gründe dem entgegenstehen.

Demnach müßte allen Wohnungsinhabern, die bereits im Juli bei den Fürsorgeämtern Anträge auf Mieterbeihilfen gestellt, die Hauszinssteuer in alter Höhe gewährt werden. Dasselbe trifft auch zu für diejenigen Mieter, die bereits vom Fürsorgeamt einen ablehnenden Bescheid wegen Gewährung von Mieterbeihilfen erhalten haben. In beiden Fällen müssen sofort Anträge auf Stundung und Niedererschlagung der Hauszinssteuer für die drei Monate Juli, August und September erneut beim Fürsorgeamt eingereicht werden.

Diesemigen Antragsteller, die vom Fürsorgeamt bereits eine Mieterbeihilfe in Höhe der Hauszinssteuer erhalten haben, müssen einen Antrag nur für die Monate stellen, für die keine Mieterbeihilfe gewährt wurde. Alle Mietwohnungsinshaber mit unter 100 Mark Monatseinkommen, die unter den alten Bestimmungen keine Mieterbeihilfe vom Fürsorgeamt erhalten und auch keine Anträge auf Mieterbeihilfe gestellt haben, müssen ebenfalls sofort einen Antrag auf Stundung und Niedererschlagung der Hauszinssteueranteils beim Fürsorgeamt einreichen.

Alle diejenigen Wohnungsinhaber, die nicht vom Fürsorgeamt unterstützt werden, keinen Antrag auf Mieterbeihilfe beim Fürsorgeamt gestellt und ihre Hauszinssteuer bereits entrichtet haben, jedoch nach den alten Bestimmungen die Hauszinssteuer gestundet und niederschlagen erhalten hätten, können noch einen

Antrag auf Stundung und Niedererschlagung beim Fürsorgeamt stellen, wenn besondere Gründe vorliegen, die eventuell dazu getan sein können, daß ihrem Antrag nach nachträglich gesprochen und die zumiel gezahlte Hauszinssteuer bei der Zahlung der Miete am 1. Oktober gutgerechnet wird.

2. Regelung ab 1. Oktober

Nach der Verordnung vom 29. August 1932 und auch den Ausführungsbestimmungen sind alle Unterhaltungsleistungen, die vom Fürsorgeamt Unterstützung erhalten, von der Hauszinssteuer befreit. Sie müssen bei Abhebung ihrer Unterhaltungsleistungen diesbezüglichen Gutachten von der Fürsorgebehörde fordern. Ebenso sind nach unserer Ansicht alle Kriegsvollzugs- und Arbeitslosenunterstützungsempfänger von Zahlung der Hauszinssteuer zu befreien, deren Einkommen Unterhaltungsleistungen der öffentlichen Fürsorge nicht schreitet.

Da aber die Verordnung auch solche Mieter von der Zahlung der Hauszinssteuer befreien will, die nachweislich eine laufende Unterstützung aus Mitteln der öffentlichen Fürsorge erhalten, wenn sie die volle Miete zahlen sollten, kommt weiterer Personkreis für die Stundung und Niedererschlagung der Hauszinssteuer in Frage, auch wenn er nicht vom Fürsorgeamt unterstützt wird, oder Arbeitslosen- oder Kriegsvollzugsunterstützung erhält. Bei dem Einkommen dieser Mieter müssen nicht nur Barunterstützungen zugrunde gelegt werden, die in der Gemeinde des Antragstellers gezahlt werden.

Es ist also ratsam, daß alle Wohnungsinhaber, die nach alten Hauszinssteuererordnungen (also bei einem Monatseinkommen bis 100 Mark) von der Zahlung der Hauszinssteuer befreit waren, ebenfalls sofort einen Antrag bei dem zuständigen Fürsorgeamt einreichen, auch in den Fällen, in denen bisher Ablehnung erfolgt ist. Wenn auch nicht in allen Fällen Antrag zur Stundung und Niedererschlagung führen wird, die neue Verordnung die Gewährung einer Hauszinssteuerstundung in das Ermessen der Fürsorgebehörde stellt: die Ausführungsbestimmungen belegen, daß diejenigen Wohnungsinhaber die zwar nicht vom Fürsorgeamt unterstützt werden, aber Barunterstützungen erhalten müßten, wenn man von ihnen vollen Betrag der Miete verlangen würde, den Hauszinssteueranteil gestundet erhalten müßten.

Auskunft erteilt und Anträge für Mitglieder der Organisation oder solche, die es werden wollen, fertigt an: Zentralverband der Arbeitsinvaliden und Witwen Deutschlands, Gruppe Breslau, Breslau, Altbühnenstraße 46. Sprechstunden Montag, Dienstag, Mittwoch, 9—12 Uhr.

Gefahren für die Beamten

Kampffront des ADB.

Der Bundesausschuß des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes befaßte sich am Mittwoch eingehend mit der politischen, wirtschaftlichen und insbesondere der beamtenpolitischen Lage. Die Beratungen wurden getragen von einem Vortrag des freigewerkschaftlichen Beamtenführers, Reichstagsabgeordneter Dr. Böcker. Er beleuchtete die Gefahren, die der Beamtenschaft von der Wirtschaftspolitik, Verwaltungsreform und Personalpolitik des neuen Kurses drohen.

Der Bundesausschuß des ADB. steht in dem von der Reichsregierung eingeschlagenen Wege der Sozial-, Wirtschafts- und Finanzpolitik ernste Gefahren für die Beamtenschaft. Angesichts der Vornahme von Steuererhöhungen künftiger Jahre, angesichts der Verringerung der Steuereinnahmen durch fortgesetzte Schrumpfung der Kaufkraft ist eine Verschärfung der Finanznot der öffentlichen Körperschaften, insbesondere der Länder und Gemeinden, zu befürchten, die in der Vergangenheit zum Anlaß für Kürzungen der Beamtengehälter und Abbau der Beamtenrechte genommen wurde. Eine weitere Senkung des Lohnniveaus würde diese Gefahr noch verstärken.

Der Kampf um die Erhaltung des Berufsbeamtentums, der gleichbedeutend ist mit dem Kampf um den Schutz seiner materiellen Lage und seiner sozialen Rechte, kann mit Erfolg nur geführt werden, wenn die übrige Arbeitnehmererschaft den ihr angelegenen Kampf erfolgreich befehligt. Das Interesse an der eigenen Existenzhaltung zwingt daher die Beamten an die Seite der kämpfenden Arbeitnehmerschaft und muß sie veranlassen, in Solidarität und Opferwilligkeit alle ihre Kräfte einzusetzen, um in gemeinsamer Front mit Arbeitern und Angestellten auf dem Boden der Demokratie politisch und gewerkschaftlich die bevorstehenden schweren Kämpfe durchzuführen.

Der Ausgang dieses Ringens wird auch über die materielle und ideale Zukunft des Beamtentums entscheiden. Zurückfallen in Abhängigkeit von der Herrschaft reaktionärer Machthaber oder Renaissanz als freier, gleichberechtigter Teil des Volkes, als wirtschaftlich und sozial gesicherter Berufsstand; das sind die Möglichkeiten, zwischen denen die Beamtenschaft zu wählen hat. Die Verdrängung des Reichskommissars für Preußen zur Reform der Verwaltung, die im Gegensatz zu den Richtlinien und Vorschlägen des ADB. Stärkung der Machtpol der höheren Bürokratie, Einengung der Selbstverwaltung und Beteiligung der Kollegialverwaltung bringt, wird im Zusammenhange mit der als „Vereinfachung und Verebilligung“ bezeichneten Änderung der Zuständigkeiten zu einem umfangreichen Abbau von Beamtenstellen und Beamten führen. Weder über die Verordnung noch über die Art ihrer Durchführung ist mit den Beamtenorganisationen verhandelt worden. Die Verordnung enthält keine genügenden Rechtsgarantien für die Verdrängung und die anderweitige Unterbringung der von den Maßnahmen betroffenen Beamten. Die weitgehenden Befugnisse, die den Aufsichts- und Befehlshörden gegenüber den Gemeinden gegeben werden, bringen insbesondere den Gemeindebeamten ernste Gefahren.

Der Bundesausschuß des ADB. legt gegen dieses Vorgehen des Reichskommissars nachdrücklich Protest ein. Es geht um die Beamtenschaft, die den wahren Charakter dieser neuen Art der Staatsführung, die in den Beamten nur Objekte der Regierungsmacht sieht. Die berechtigten Interessen der Beamten können nur in einer gemeinsamen Kampffront und den Bedürfnissen

der Staatsverwaltung entsprechenden Reichs- und Verwaltungsreform gewahrt werden, die durch Ausbau der Selbstverwaltung die politisch fortschrittlichen und aufbauenden Kräfte des Volkes auslöst. Sie kann nur auf dem Wege und mit den Mitteln der Demokratie verwirklicht werden. Aus diesem Grunde bleibt Kampf um die Erhaltung und Stärkung der Demokratie die wichtigste Aufgabe auch im Hinblick auf Erfordernisse einer zeitgemäßen Reform des inneren staatlichen Lebens und der Verwaltung.

Die jahrelang gegen die sogenannten Parteibuchbeamten betriebene unwahrhaftige Agitation hat mit dem politischen Kurswechsel im Reich und in Preußen zu einer Personalpolitik geführt, die sich ausgesprochen gegen die republikanische Beamtenschaft richtet.

Wenn auch politische Beamte jederzeit ohne Angabe von Gründen in den einstweiligen Ruhestand versetzt werden können, so haben doch die bisherigen Regierungen von diesem Recht gegen Beamte Gebrauch gemacht, die die Republik bekämpften und den Weisungen der Regierung Widerstand geleistet haben. Gegenüber dieser Praxis hat der Reichskommissar für Preußen ohne jeden ersichtlichen Grund zahlreiche republikanische Staatsfunktionäre aus maßgebenden Stellungen ohne Rücksicht auf anerkannte und bewährte Qualifikation entfernt. Innerhalb durch Verlegung vieler nicht politischer Beamter von wichtigen, insbesondere von personalpolitisch bedeutungsvollen, einflussreichen Posten eine politisch einseitige Zusammenlegung des Beamtenkörpers in den leitenden Stellen angestrebt. Disziplinarmassnahmen und Einleitung von Untersuchungen gegen politische Beamte führen zur Einschüchterung, öffnen dem Denunzianten- und Angebertum Tür und Tor und untergraben das Vertrauen zu unparteiischer Staatsführung auf dem Gebiet der Personalpolitik.

Wenn der pflichttreue und korrekte republikanische Beamte seine Stellung und damit die Existenz seiner Familie gefährdet sieht, so muß dies Unfähigkeit, Herzlosigkeit der Dienstfreudigkeit und damit der Verlässlichkeit hervorgerufen, die für den Staat gerade in der gegenwärtigen schwierigen Zeit von größtem Nachteil sind.

Auch Unabhängigkeit und Ueberparteilichkeit der Beamten werden schwer gefährdet.

Der Bundesausschuß protestiert gegen diese Personalpolitik. Den geschädigten und gefährdeten Kollegen er namens aller freigewerkschaftlich organisierten Beamten zuricherung, daß der ADB. im Kampfe um die Wahrung ihrer Rechte nicht nachlassen wird. Sie schützen und zu unterstützen, ist eine seiner wichtigsten Aufgaben, die er im Verein mit den angeschlossenen Verbänden tatkräftig durchführen wird.

Au die gesamte republikanische Beamtenchaft aber ergeht die Aufforderung, in treuer Pflichterfüllung anzuharren, als Vorposten der Demokratie in der Verwaltung eines Staatswesens, das durch ihre und aller Arbeitnehmer vereinte Bemühungen einem Fort der Wohlfahrt und Freiheit aller Volksgenossen gebaut werden soll.

Diese Stellungnahme des Bundesausschusses wurde in einer einstimmig angenommenen Entschließung festgelegt. Im Verband des Bundesausschusses nach einem Referat des Reichsbundmitgliedes Kunze mit der Unterstützung der freigewerkschaftlichen Agitation und der Unterstützung der Beamtenchaft.